

# 1156 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

21. 5. 1974

## Regierungsvorlage

### ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTER- REICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich  
und  
der Staat Israel

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

#### ABSCHNITT I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

##### Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“  
die Republik Österreich,  
„Israel“  
den Staat Israel;
2. „Staatsangehöriger“  
in bezug auf Österreich  
dessen Staatsbürger oder eine Person deutscher Sprachzugehörigkeit (Volksdeutscher), die staatenlos ist oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist und die sich am 11. Juli 1953, am 1. Jänner 1961 oder am 27. November 1961 nicht nur vorübergehend im Gebiet von Österreich aufgehalten hat,  
in bezug auf Israel  
einen israelischen Staatsbürger;
3. „Rechtsvorschriften“  
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;

4. „zuständige Behörde“  
in bezug auf Österreich  
den Bundesminister für soziale Verwaltung, hinsichtlich der Familienbeihilfen  
den Bundesminister für Finanzen,  
in bezug auf Israel  
den Arbeitsminister;
5. „Träger“  
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
6. „zuständiger Träger“  
den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;
7. „zuständiger Staat“  
den Vertragsstaat, in dessen Gebiet sich der zuständige Träger befindet;
8. „Familienangehöriger“  
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“  
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen;
10. „Familienbeihilfen“  
in bezug auf Österreich  
die Familienbeihilfe,  
in bezug auf Israel  
die Familienbeihilfe für kinderreiche Familien und die Familienbeihilfe für Kinder von Arbeitnehmern.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

**Artikel 2**

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
    - a) die Krankenversicherung, soweit sie Leistungen bei Mutterschaft vorsieht;
    - b) die Unfallversicherung;
    - c) die Pensionsversicherung;
    - d) die Arbeitslosenversicherung;
    - e) die Familienbeihilfe;
  2. in Israel auf die Rechtsvorschriften über
    - a) die Mutterschaftsversicherung;
    - b) die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
    - c) die Invaliditätsversicherung;
    - d) die Alters- und Hinterbliebenenversicherung;
    - e) die Arbeitslosenversicherung;
    - f) die Versicherung für kinderreiche Familien und die Versicherung für Kinder von Arbeitnehmern.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen; es bezieht sich ferner nicht auf die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Unfallversicherung der Kriegsbeschädigten und der beschädigten Präsentdiener in beruflicher Ausbildung sowie auf die Rechtsvorschriften über die Notarversicherung.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus Übereinkommen mit dritten Staaten ergeben, sind, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten, im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

**Artikel 3**

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit nichts anderes bestimmt wird, dessen Staatsangehörigen gleich

- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, sowie
- c) Staatenlose, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

**Artikel 4**

Hätte eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Pension, Rente oder andere Geldleistung mit Ausnahme

einer Leistung bei Arbeitslosigkeit, so erhält sie diese Leistung auch während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates.

**Artikel 5**

Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Erwerbstätigkeit oder ein Sozialversicherungsverhältnis rechtliche Auswirkungen auf eine Leistung der Sozialversicherung haben, kommt die gleiche Wirkung auch einer gleichartigen Erwerbstätigkeit oder einem gleichartigen Versicherungsverhältnis im anderen Vertragsstaat zu.

**ABSCHNITT II****BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN****Artikel 6**

(1) Unbeschadet der Artikel 7 und 8 unterliegen Erwerbstätige den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz seines Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Wären nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten gleichzeitig anzuwenden, so gilt folgendes:

- a) Bei gleichzeitiger Ausübung einer unselbständigen und einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet die unselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.
- b) Bei gleichzeitiger Ausübung von selbständigen Erwerbstätigkeiten sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dem sich der Erwerbstätige gewöhnlich aufhält.

**Artikel 7**

(1) Wird ein Dienstnehmer, der im Gebiet eines Vertragsstaates von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen zur Ausführung einer Arbeit für dessen Rechnung in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonats nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Wird ein Dienstnehmer eines Transportunternehmens, das seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so anzuwenden, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt. Unterhält das Unternehmen im Gebiet des zweiten Vertragsstaates eine Zweigniederlassung, so sind auf die von ihr beschäftigten Dienstnehmer die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates anzuwenden.

(4) Die Besatzung eines Seeschiffes unterliegt den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(5) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Dienst dieses Vertragsstaates oder eines anderen öffentlichen Dienstgebers dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates anzuwenden.

#### Artikel 8

(1) Diplomaten sind vorbehaltlich des Absatzes 4 in bezug auf ihre Dienste für den Entsendestaat von den im Empfangsstaat geltenden Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit befreit.

(2) a) die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission sowie Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals der Mission, die weder Staatsangehörige des Empfangsstaates noch in demselben ständig ansässig sind.

b) Unbeschadet der Bestimmungen der litera a können die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission, die Staatsangehörige des Entsendestaates, und im Empfangsstaat ständig ansässig sind, binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des Entsendestaates wählen. Die Wahl wird mit dem nächstfolgenden Monatsersten wirksam.

(3) Die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt ferner für private Hausangestellte, die ausschließlich bei einem Diplomaten beschäftigt sind, sofern sie

- a) weder Staatsangehörige des Empfangsstaates noch in demselben ständig ansässig sind und
- b) den im Entsendestaat oder in einem dritten Staat geltenden Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit unterstehen.

(4) Beschäftigt ein Diplomat Personen, auf welche die im Absatz 3 vorgesehene Befreiung

keine Anwendung findet, so hat er die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit zu beachten, die im Empfangsstaat für Arbeitgeber gelten.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Berufskonsuln und für die Mitglieder der von Berufskonsuln geleiteten konsularischen Vertretungen sowie für die ausschließlich in deren Diensten stehenden Mitglieder des Hauspersonals.

#### Artikel 9

Für bestimmte Dienstnehmer oder Dienstnehmergruppen oder für selbständig Erwerbstätige kann, soweit es in ihrem Interesse liegt, unter Bedachtnahme auf die Art und die Umstände ihrer Beschäftigung die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 6 bis 8 anzuwenden sind, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften auf Antrag der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates zulassen. In diesem Fall sind die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates auf die betreffenden Personen anzuwenden.

### ABSCHNITT III BESONDERE BESTIMMUNGEN

#### Kapitel 1

#### Mutterschaft

#### Artikel 10

Für den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten für Leistungen bei Mutterschaft zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

#### Kapitel 2

#### Invalidität, Alter und Tod

#### Artikel 11

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind.

#### Artikel 12

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen auf Grund der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so hat der zuständige Träger die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger jedes Vertragsstaates hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten Anspruch auf die Leistung hat;
- b) besteht ein Anspruch auf eine Leistung, so hat der Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten nur in dem betreffenden Vertragsstaat zurückgelegt worden wären;
- c) sodann hat der Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach litera b errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach seinen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.
- (2) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Pension, so gewährt der Träger dieses Vertragsstaates keine, der Träger des anderen Vertragsstaates die ohne Anwendung des Absatzes 1 litera c errechnete Pension. Dies gilt nicht, wenn nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates ohne Anwendung des Artikels 11 Anspruch auf Pension besteht.
- Artikel 13**
- Die zuständigen österreichischen Träger haben die Artikel 11 und 12 nach folgenden Regeln anzuwenden:
1. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und Leistungszuständigkeit in der Pensionsversicherung werden israelische Versicherungszeiten nach der Art der während dieser Zeiten ausgeübten Erwerbstätigkeit berücksichtigt.
  2. Die Bestimmungen der Artikel 11 und 12 gelten nicht für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreuegeldes aus der österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung.
  3. Bei der Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 litera b gilt folgendes:
    - a) Sich deckende Versicherungszeiten sind mit ihrem tatsächlichen Ausmaß zu berücksichtigen.
    - b) Beiträge, die zum Erwerb von gleichgestellten Zeiten in der österreichischen Pensionsversicherung nachentrichtet wurden, sind nicht als Beiträge zur Höherversicherung zu behandeln.
  - c) Die Bemessungsgrundlage wird ausschließlich aus den in der österreichischen Pensionsversicherung erworbenen Versicherungszeiten gebildet.
  - d) Beiträge zur Höherversicherung sowie der Leistungszuschlag bleiben außer Ansatz.
4. Bei Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 litera c gilt folgendes:
- a) Übersteigt die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilpension nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.
  - b) Der Hilflosenzuschuß ist von der österreichischen Teilpension innerhalb der anteilmäßig gekürzten Grenzbeträge nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berechnen. Bestünde hingegen allein auf Grund der nach österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten Anspruch auf Pension, so gebührt der Hilflosenzuschuß in dem dieser Pension entsprechenden Ausmaß, es sei denn, daß nach israelischen Rechtsvorschriften eine Erhöhung der Leistung wegen Hilflosigkeit gewährt wird.
5. Der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge, die zur Höherversicherung entrichtet worden sind oder als zur Höherversicherung entrichtet gelten, um den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und um die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.
6. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so werden von den israelischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
7. Die Sonderzahlungen aus der österreichischen Pensionsversicherung gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilpension; Artikel 15 gilt entsprechend.

## 1156 der Beilagen

5

**Artikel 14**

(1) Besteht auch ohne Berücksichtigung des Artikels 11 ein Anspruch auf Pension, so hat der zuständige Träger eines Vertragsstaates die allein auf Grund der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gebührende Pension zu gewähren, solange ein Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates nicht besteht.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Pension ist nach Artikel 12 neu festzustellen, wenn ein Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

**Artikel 15**

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 11 Anspruch auf Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so errechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechneten Leistungen und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

(2) Die Teilleistung nach Absatz 1 ist von Amts wegen neu festzustellen, wenn sich die Höhe der Leistungen, die der Berechnung der Teilleistungen zugrunde liegen, aus anderen Gründen als infolge von Anpassungen ändert oder wenn sich der Umrechnungskurs um mehr als 10 vom Hundert ändert.

**Kapitel 3****Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 16**

(1) Eine Person, die einen Arbeitsunfall erlitten oder sich eine Berufskrankheit zugezogen hat

- a) im Gebiet des anderen als des zuständigen Staates oder
- b) im Gebiet des zuständigen Staates
  - aa) und die ihren Wohnort in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt oder
  - bb) deren Zustand bei einem vorübergehenden Aufenthalt in dem zuletzt genannten Gebiet sofort ärztliche Betreuung einschließlich Krankenhauspflege erforderlich macht,

erhält zu Lasten des zuständigen Trägers Sachleistungen, die ihr vom Träger ihres Aufenthalts- oder ihres neuen Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften gewährt werden. Im Falle des Wohnortwechsels hat sie vor dem Wechsel die Zustimmung des zuständigen Trägers einzuholen. Diese Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Wohnortwechsel geeignet ist, ihren Gesundheitszustand oder die Durchführung der ärztlichen Behandlung zu gefährden.

(2) Die Gewährung von Geldleistungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates.

(3) Die im Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthalts- beziehungsweise Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte,

in Israel

von der Nationalversicherungsanstalt.

(4) Anstelle des im Absatz 3 genannten Trägers kann ein Träger der Unfallversicherung die Leistungen erbringen.

(5) Der zuständige Träger erstattet dem Träger nach Absatz 3 die nach Absatz 1 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(6) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

**Artikel 17**

Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

**Kapitel 4****Arbeitslosigkeit****Artikel 18**

(1) Galten für eine Person nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb des Anspruches auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Zeiten zusammen gerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(2) Die Anwendung des Absatzes 1 setzt voraus, daß die betreffende Person in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie die

Leistung begehrt, in den letzten zwölf Monaten vor Geltendmachung des Anspruches insgesamt 13 Wochen als Dienstnehmer beschäftigt war, es sei denn, daß die Beschäftigung ohne Verschulden des Dienstnehmers geendet hat.

### Kapitel 5

### Familienbeihilfen

#### Artikel 19

Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Anspruch auf Familienbeihilfen davon ab, daß die Kinder, für die Familienbeihilfen vorgesehen sind, im Gebiet dieses Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt haben, so werden die Kinder, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, so berücksichtigt, als hielten sie sich ständig im Gebiet des ersten Vertragsstaates auf.

#### Artikel 20

(1) Personen, die im Gebiet eines Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und im Gebiet des anderen Vertragsstaates eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben, haben Anspruch auf Familienbeihilfen nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates, als ob sie in dessen Gebiet ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hätten.

(2) Wird ein Dienstnehmer aus dem Gebiet eines Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so finden auf ihn weiterhin die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Anwendung.

#### Artikel 21

Hat eine Person während eines Kalendermonats unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für den ganzen Monat von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu zahlen waren.

#### Artikel 22

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

### ABSCHNITT IV

### VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

#### Artikel 23

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem

Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen werden, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Für die Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger, Behörden und Gerichte eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, werden auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

#### Artikel 24

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

#### Artikel 25

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

## 1156 der Beilagen

7

**Artikel 26**

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des ersten Vertragsstaates zu übermitteln.

**Artikel 27**

(1) Die leistungspflichtigen Träger können Leistungen auf Grund dieses Abkommens mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat, zu erfolgen.

**Artikel 28**

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung sowie über die Rückforderung von Familienbeihilfen werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Ausgleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

**Artikel 29**

Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß auf eine Leistung gezahlt, so hat der Träger des anderen Vertragsstaates die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch besteht, auf Ersuchen des erstgenannten Trägers einzubehalten. Hat der Träger eines Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

**Artikel 30**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

**Artikel 31**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jede der Parteien bestellt innerhalb von einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem die Partei, die ihren Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes, ist auch dieser Staatsangehöriger eines Vertragsstaates, auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

## ABSCHNITT V ÜBERGANGS- UND SCHLUSS- BESTIMMUNGEN

**Artikel 32**

(1) Dieses Abkommen begründet, soweit im Absatz 7 nichts anderes bestimmt wird, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch

Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind; in diesen Fällen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens

- a) Pensionen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten festgestellt,
- b) Pensionen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt; sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden, wobei der Tag, an dem der Träger die von ihm an den Berechtigten zu erteilende Verständigung über die Einleitung des Verfahrens abfertigt, als Tag der Antragstellung gilt.

Wird der Antrag auf Feststellung oder Neufeststellung innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht oder die amtswegige Neufeststellung innerhalb dieser Frist eingeleitet, so sind die Leistungen nach Maßgabe des Absatzes 7 zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so sind hinsichtlich der Ansprüche aus Absatz 3 die diesbezüglichen Rechtsvorschriften auf die Berechtigten nicht anzuwenden, wenn der im Absatz 3 bezeichnete Antrag innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß günstigere Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anwendbar sind.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 litera b gilt Artikel 29 entsprechend.

(6) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(7) Pensionen nach den im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 litera c und Ziffer 2 litera d bezeichneten Rechtsvorschriften werden bereits für die Zeit ab 1. Jänner 1973 nach den Bestimmungen dieses Abkommens festgestellt und gewährt.

**Artikel 33**

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach



den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

#### Artikel 34

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Jerusalem auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf dem diplomatischen Wege kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU Wien, am 28. November 1974 in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Rudolf Häuser m. p.**

Für den Staat Israel:

**Yitzhak Patish m. p.**

### SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

#### I. Zu Artikel 1 des Abkommens:

Die im Absatz 1 Ziffer 9 angeführten Ausdrücke umfassen nicht die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften beziehungsweise die Sozialzulage nach israelischem Recht.

#### II. Zu Artikel 3 des Abkommens:

1. Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten bleiben unberührt.
2. Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der Sozialen Sicherheit bleiben unberührt.
3. Die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung und der Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland sowie die Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung der im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind auf israelische Staatsangehörige nicht anwendbar.
4. Die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Gewährung der Notstandshilfe bleiben unberührt.

#### III. Zu Artikel 5 des Abkommens:

1. Für die Entstehung des Pensionsanspruches aus der österreichischen Pensionsversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen steht dem Erlöschen der Gewerbeberechtigung beziehungsweise des Gesellschaftsverhältnisses in Österreich die tatsächliche Einstellung der entsprechenden selbständigen Erwerbstätigkeit in Israel gleich.
2. Ein Versicherungsverhältnis nach den israelischen Rechtsvorschriften, währenddessen eine Erwerbstätigkeit nicht ausgeübt wird, schließt die Entstehung eines Anspruches auf eine österreichische Alterspension (Knappschichtalterspension) nicht aus.

#### IV. Zu Artikel 8 des Abkommens:

1. Die Bestimmung des Absatzes 1 findet auf den österreichischen Handelsdelegierten und auf die ihm von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zugeteilten fachlichen Mitarbeiter mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Beschäftigung dieser Personen im Gebiet Israels die österreichischen Rechtsvorschriften gelten.
2. Die im Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

## V. Zu Artikel 11 des Abkommens:

Diese Bestimmung ist hinsichtlich eines Anspruches auf eine vorzeitige Alterspension (Knappschaftsalterspension) bei Arbeitslosigkeit oder bei langer Versicherungsdauer nach den österreichischen Rechtsvorschriften nicht anzuwenden.

## VI. Zu Artikel 18 des Abkommens:

Absatz 1 gilt nicht für den Erwerb des Anspruches auf Karenzurlaubsgeld nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

## VII. Zu Artikel 20 des Abkommens:

Ein Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe besteht nur dann, wenn die Beschäftigung in Österreich nicht gegen bestehende Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt und mindestens einen vollen Kalendermonat dauert.

## VIII. Zu Artikel 28 des Abkommens:

Die Bestimmungen gelten hinsichtlich der Familienbeihilfen nur insoweit, als diese Leistungen nicht in gutem Glauben bezogen wurden.

## IX. Zu Artikel 32 des Abkommens:

Abschnitt III Kapitel 2 gilt nicht für Fälle, in denen nach den österreichischen Rechtsvorschriften über die Pensionsversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen die Rechtsvorschriften über die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung weiterhin anzuwenden sind.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU Wien, am 28. November 1973 in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Rudolf Häuser m. p.

Für den Staat Israel:

Yitzhak Patish m. p.

א מ נ ה

בין מדינת ישראל לבין

הרפובליקה אוסטריה

על

בסחון סוציאלי

מדינת ישראל

והרפובליקה אוסטריה

ברצותן להסדיר את היחסים ההדדיים של שתי המדינות במישור  
הבסחון הסוציאלי, הסכימו ביניהן לכרות את האמנה דלקמן :

חלק 1הוראות כלליותסעיף 1

(1) באמנה זו -

1. "אוסטריה" - הרפובליקה 'אוסטריה',  
"ישראל" - מדינת ישראל;

2. "אזרח" -

לגבי אוסטריה -

אזרח שלה, או אדם הנמנה עם דוברי גרמנית (גרמני לפי הלאום  
VOLKSDEUTSCHER) והוא מחוסד נתינות או שאזרחותו איננה ברורה  
ואשר היה נמצא שלא רק באזרח זמני ב-11 ביולי 1953, ב-1 בינואר  
1961 או ב-27 בנובמבר 1961, בתחומה של אוסטריה,

לגבי ישראל -

אזרח ישראלי;

3. "דינים" -

החוקים, התקנות וחוקי העזר המתיחסים לענפי הבטחון הסוציאלי  
המפורטים בסעיף 2(1);

4. "רשות מוסמכת" -

לגבי אוסטריה -

השר הפדראלי למינהל סוציאלי, ולגבי הסיוע המשפחתי - השר הפדראלי  
לכספים;

לגבי ישראל - שר העבודה;

5. "מבצע" -

המוסד או הרשות שהוטל עליהם ביצועם של הדינים המפורטים בסעיף 2  
או של חלק מהם;

6. "מבצע מוסמך" -

המבצע המוסמך לפי הדינים החלים בנדרון;

7. "מדינה מוסמכת" -

בעל האמנה שבתחומן נמצא המבצע המוסמך;

8. "בן-משפחה" -

בן-משפחה לפי הדינים של אותן בעל האמנה שבתחומן נמצא מושכן של  
המבצע שעליו לשאת בנטל הגימלאות;

9. "גימלה בכסף", "קצבה" או "פנסיה" -  
גימלה בכסף, קצבה או פנסיה, לנכות כל חלקיהן המשחלמים מכספי ציבור,  
כל ההוספות, השלומי החאמה, הוספות וכן מענקים חד-פעמיים;

10. "סיוע משפחתי" -

לגבי אוסטריה -

הסיוע המשפחתי;

לגבי ישראל -

הקצבה למשפחות מרובות ילדים, וקצבת המשפחה לילדי עובדים.

(2) באמנה זו יהא למונחים אחרים הפירוש שניתן להם בדינים הנוגעים בדבר.

## סעיף 2

(1) אמנה זו חלה -

1. באוסטריה על הדינים בדבר -

(א) ביטוח הבריאות, במידה שנקבעו על פיו גימלאות במקרה של אמהות;

(ב) ביטוח התאונות;

(ג) ביטוח הפנסיות;

(ד) ביטוח האבטלה;

(ה) הסיוע המשפחתי;

2. בישראל על הדינים בדבר -

(1) ביטוח האמהות;

(ב) ביטוח תאונות העבודה ומחלות המקצוע;

(ג) ביטוח הנכות;

(ד) ביטוח הזקנה והשאיירים;

(ה) ביטוח האבטלה;

(ו) ביטוח משפחות מרובות ילדים וביטוח ילדי העובדים.

(2) אמנה זו אינה חלה על דינים בדבר שיטה חדשה של בטחון סוציאלי או ענף חדש שלו, ולא תחול על הסדרים למקן קרבות המחמה ותוצאותיה; כמו כן לא תחול על הדינים האוסטרים הנוגעים לביטוח תאונות של נפגעי המלחמה ושל חיילים בשירות חובה שנפגעו והנמצאים בהכשרה מקצועית, ועל הדינים בדבר ביטוח הנוטריונים.

(3) דינים שמקורם באמנות עם מדינות אחרות - זולת בעל האמנה השני - לא יובאו בחשבון ביחסים בין בעלי האמנה, במידה שאין בהם הסדרים על הנשל בביטוח.

סעיף 3

לענין תחולת הדינים של אחד מבעלי האמנה, הרי באין הוראה אחרת, דינם של אלה כדין אזרחיה של אותו בעל אמנה -

(א) אזרחיה של בעל האמנה השני;

(ב) פליטים כמשמעותם בסעיף 1 לאמנה על מעמדם של הפליטים מיום 28 ביולי 1951, שמקום המצאם הרגיל בתחום אחד מבעלי האמנה; וכן

(ג) מחוסרי נתינות שמקום המצאם הרגיל הוא בתחום אחד מבעלי האמנה.

סעיף 4

היה אדם זכאי לפי דיני אחד מבעלי האמנה לפנסיה, קצבה או גמלה אחרת בכסף - למעט גמלה למקרה של אבטלה - יקבל גמלה זו גם כשהוא נמצא בתחום בעל האמנה השני.

סעיף 5

במידה שלפי הדינים של אחד מבעלי האמנה יהיו השלכות משפטיות לפעילות מפרנסת או ליחסים ביטוח סוציאלי על מתן גימלה של הביטוח הסוציאלי, יהיו אותן השלכות גם לפעילות מפרנסת מאותו סוג או ליחסים ביטוח סוציאלי מאותו סוג בתחום בעל האמנה השני.

חלק 2הוראות על תחולת הדינים

## סעיף 6

- (1) מבלי לגרוע מהאמור בסעיפים 7 ו-8, יחולו על מתפרנסים הדינים של בעל האמנה שבתחומו מתקיימת הפעילות המפרנסת, הוא הדין בפעילות מפרנסת של שכיר גם כשמקום מגוריו של העובד או מושבו של מעבידו הם בתחום בעל האמנה השני.
- (2) מקום שלפי סעיף קטן (1) היו חלים הדינים של שני בעלי האמנה בעת ובעונה אחת, יחולו הוראות אלה:
- (א) היו מקיימים בעת ובעונה אחת פעילות מפרנסת כשכיר וכעצמאי, יחולו הדינים של אותו בעל האמנה שבתחומו מתקיימת הפעילות המפרנסת כשכיר.
- (ב) היו מקיימים בעת ובעונה אחת פעילויות מפרנסות עצמאיות, יחולו הדינים של אותו בעל האמנה שבתחומו שוהה המתפרנס כרגיל.

## סעיף 7

- (1) נשלח עובד המועסק בתחום אחד מבעלי האמנה על ידי מפעל שאחר נמנה דרך כלל - על ידי אותו מפעל לתחום בעל האמנה השני כדי לבצע שם עבודה על חשבון אותו מפעל, ימשיכו לחול, עד חום החודש הקלנדארי ה-24 לאחר שנשלח, הדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות מועסק בתחומו.
- (2) נשלח עובד של מפעל העופה שמושבו בתחום אחד מבעלי האמנה מתחומו לתחום בעל האמנה השני, ימשיכו לחול הדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות מועסק בתחומו.
- (3) הועסק עובד של מפעל חובלה שמושבו בתחום אחד מבעלי האמנה, בתחומו של בעל האמנה השני, יחולו הדינים של בעל האמנה הראשון, כאילו הועסק בתחומו. היה למפעל סניף בתחומו של בעל האמנה השני, יחולו על העובדים המועסקים באותו סניף הדינים של אותו בעל אמנה.
- (4) על צוות כלי שיט המפליג בים יחולו הדינים של בעל האמנה שאח דגלו כלי השיט מניף.

(5) הועסק אזרחו של אחד מבעלי האמנה בשירותו של אותו בעל האמנה, או של מעביד ציבורי אחר של אותו בעל האמנה, בתחומו של בעל האמנה השני, יחולו הדינים של בעל האמנה הראשון.

### סעיף 8

(1) בכפוף לאמור בסעיף קטן (4) פטורים דיפלומטים לגבי שירותיהם למדינה המשגרת מקיום הדינים על בטחון סוציאלי החלים במדינה המקבלת.

(2) (א) הפטור לפי סעיף קטן (1) יחול גם על חברי הצוות המנהלי והטכני של המשלחת ועל חברי הצוות של שירותי הבית של המשלחת שאינם אזרחי המדינה המקבלת או תושביה הקבועים.

(ב) מבלי לגרוע מהאמור בפסקה (א), רשאים חברי הצוות המנהלי והטכני של המשלחת שהם אזרחי המדינה המשגרת ותושבים קבועים במדינה המקבלת לבחור, תוך שלושה חדשים לאחר תחילת העסקתם, בתחולת הדינים של המדינה משגרת. לבחירה יהא תוקף החל מהאחד לחודש שלאחר מכן.

(3) הפטור לפי סעיף קטן (1) חל גם על העובדים במשק בית פרטי המועסקים העסקה בלעדית על ידי דיפלומט, בתנאי -

(א) שאינם אזרחי המדינה המקבלת או תושביה הקבועים, וכן

(ב) שהם כפופים לדינים על בטחון סוציאלי שהם בחוקף במדינה המשגרת או במדינה שלישית.

(4) דיפלומט המעסיק בני-אדם שעליהם לא יחול הפטור לפי סעיף קטן (3), יקיים את הדינים על בטחון סוציאלי שהם בחוקף במדינה המקבלת לגבי מעבידים.

(5) הסעיפים הקטנים (1) עד (4) יחולו בשנויים המחויבים על קונסולים שבמשרה ועל חברי הנציגויות הקונסולריות שבראשן עומד קונסול שבמשרה וכן על חבר העובדים במשק הבית המועסקים על ידי אלה העסקה בלעדית.

### סעיף 9

הרשות המוסמכת של בעל האמנה שדיניו חלים לפי הסעיפים 6 עד 8, רשאית, על פי בקשת הרשות המוסמכת של בעל האמנה השני, להעניק פטור מתחולת דינים אלה לגבי עובדים מסוימים או קבוצות של עובדים או לגבי מפרנסים עצמאים, במידה שהדבר לטובתם ובשים לב לסוג ולנסיבות עיסוקם. במקרה זה יחולו הדינים של בעל האמנה השני על כני האדם הנובעים בדבר.



## 1156 der Beilagen

17

חלק 3הוראות מיוחדותפרק 1אמהות

## סעיף 10

לענין התביעה לגימלה וחקופת מתן הגימלה לחברו תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי דיני שני בעלי האמנה בדבר גימלאות במקרה של אמהות, במידה שתקופות אלה אינן חופפות.

פרק 2נכות, זקנה ומוות

## סעיף 11

נצטברו לזכות אדם תקופות ביטוח לפי הדינים של שני בעלי האמנה, יחברו תקופות אלה לענין רכישת תביעה לגימלה, במידה שתקופות אלה אינן חופפות. הדינים של בעל האמנה שבביטוח שלו נצטברו תקופות ביטוח אלה, יקבעו באיזון מידה ובאיזה דרך תקופות ביטוח יבואו בחשבון.

## סעיף 12

(1) חבשו אדם שנצטברו לזכותו תקופות ביטוח לפי הדינים של שני בעלי האמנה, או שאיריו גימלאות לפי הדינים של שני בעלי האמנה, יקבע המבצע המוסמך את הגימלאות כך:

(א) המבצע של כל אחד מבעלי האמנה יקבע לפי הדינים החלים עליו, אם האדם הנוגע בדבר זכאי לגימלה לאחר שחברו תקופות הביטוח;

(ב) קיימת תביעה לגימלה, ייחשב המבצע תחילה את הסכום החיאוורטי של הגימלה שהיתה מגיעה אילו כל תקופות הביטוח שיש להתחשב בהן לפי הדינים של שני בעלי האמנה, נצטברו אך ורק בחתום בעל האמנה הנוגע בדבר;

(ג) לאחר מכן ייחשב המבצע את הגימלה החלקית המגיעה, על יסוד הסכום היוצא מהחישוב לפי פסקה (ב) - לפי היחס שבין אורך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי דיניו הוא לבין האורך הכולל של תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה.

(2) היה סך כל תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, פחות משנים עשר חדשים לענין חישוב הקיצבה, לא יעניק המבצע של אותו בעל האמנה קצבה כל שהיא, ואילו המבצע של בעל האמנה השני יעניק את הקצבה שתחושב מבלי להחיל את ההוראות של סעיף קטן (1) פסקה (ג).  
הוראה זו לא תחול אם לפי הדינים של בעל האמנה הראשון קיימת זכות לקצבה אף מבלי להחיל את ההוראות סעיף 11.

### סעיף 13

המבצעים המוסכמים האוסטרים יבצעו את הסעיפים 11 ו-12 לפי כללים אלה:

1. לענין קביעת השתייכותו של המבוטח לענין גימלאות והסמכות למתן הגימלה בביטוח הפנסיות יובאו בחשבון תקופות ביטוח ישראליות לפי אופיה של הפעילות המפרנסת באותן התקופות.
2. הוראות סעיפים 11 ו-12 לא יחולו על התנאים לקיום התביעה לגמול המיוחד של הכורים *BETRIEMSTREUEGELD* על פי הביטוח האוסטרי לפנסיות הכורים וכל מתן גמול כאמור.
3. בביצוע סעיפים 12 (1) פסקה (ב) יחולו הוראות אלה:
  - (א) תקופות ביטוח חופפות יבואו בחשבון בהיקפן למעשה;
  - (ב) דמי ביטוח ששולמו במועדים מאוחרים יותר לרכישת וותק מכת תקופות שוות ערך בביטוח הפנסיות האוסטרי, לא יראו אותם כחשלומים לביטוח לפי שיעור גבוה יותר ( *FORHÖHRTVERRECHENUNG* )
  - (ג) יסוד החישוב יורכב אך ורק מתקופות הביטוח שנצטברו בביטוח הפנסיות האוסטרי.
  - (ד) חשלומים לביטוח לפי שיעור גבוה יותר וכן התוספת לגימלה לא דובאו בחשבון.
4. בביצוע סעיף 12(1) פסקה (ג) יחולו הוראות אלה:
  - (א) על סך כל תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה, על המכסימום שנקבע לפי הדינים האוסטרים לחישוב סכום ההעלאה ( *STEIGERUNGSBETRAG* ) תחושב הגימלה החלקית המגיעה לפי היחס שבין אורך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים האוסטרים, לבין המכסימום הנזכר של חודשי ביטוח.
  - (ב) התוספת לחסרי ישע תחושב על יסוד הגימלה החלקית האוסטרית, במסגרת הסכומים השוליים ( *GRENZBETRÄGE* ) המופחתים יחסית, לפי הדינים האוסטרים. ברם היחה קיימת תביעה לקיצבה על סמך אותן תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים האוסטרים בלבד, תגיע. התוספת לחסרי ישע בשיעור המתאים לקצבה זו, זולה אם ניתנת תוספת גימלה לפי הדינים הישראליים מחמת מצב חוסר ישע.

5. לסכום שחושב לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג) ייתווספו, במקרה המתאים, סכום ההעלאה מחמת השלומים שנעשו לביטוח לפי שיעור גבוה יותר, או שרואים אותם כאילו נעשו כך, חוספת הגימלה לכורים, החוספת לחסרי ישע וחוספת ההשואה ( AUSGLEICHSZULAGE ) לפי הדינים האוסטרים.

6. היה לפי הדינים האוסטרים מתן גמלאות לפי ביטוח הפנסיות של הכורים חלוי בכך, שהיה קיים בעיקר קיסוק בכריה, במדבץ הדינים האוסטרים, כמפעלים מסוימים, יביאו בחשבון בין תקופות הביטוח הישראליות את אלה בלבד שמקורן בהעסקה במפעל מאותו סוג ובעיסוק מאותו סוג.

7. החשלומים המיוחדים מביטוח הפנסיות האוסטרי יגיעו בהתאם לשיעור הקצבה החלקית האוסטרית; סעיף 15 יחול בשנויים המחויבים.

#### סעיף 14

(1) הייתה קיימת חביעה לקצבה אף מבלי להתחשב באמור בסעיף 11, יתן המבצע המוסמך של אחד מבעלי האמנה את הגימלה המגיעה על סמך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים החלים עליו, כל עוד לא קיימת חביעה לגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני.

(2) נקבעה גימלה לפי סעיף קטן (1), תיקבע מחדש לפי סעיף 12, משנולדה חביעה לגימלה לפי הדינים של בעל וואמנה השני. תחילתה של הקביעה מחדש היא החל מהיום שבו הוחל במתן הגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני. מעשה בית דין לגבי החלטות קודמות לא ישמש מחסום לקביעה מחדש.

#### סעיף 15

(1) היה אדם זכאי לגימלה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה אף מבלי להתחשב באמור בסעיף 11 והיה שיעור גימלה יו גבוה מסך כל הגימלאות שחושב לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג), יתן המבצע של בעל אמנה זה, כגימלה חלקית, את הגימלה שחושבה כך, בחוספת ההפרש בין סך כל הגימלאות כפי שחושבו לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג) לבין הגימלה שהייתה מגיעה רק לפי הדינים החלים עליו.

(2) הגימלה החלקית לפי סעיף קטן (1) תיקבע מחדש מיזמתה של הרשות אם שיעור הגימלאות המשמשות יסוד לחישוב הגימלאות החלקיות, ישתנה שלא בגלל התאמות או אם שער החליפין ישתנה ב וחר מ-10 אחוז למאה.

פרק 3חאונות עבודה ומחלות מקצוע

## סעיף 16

(1) מי שנפגע כתאונת עבודה או חלה כמחלת מקצוע -

(א) בתחום המדינה שאינה מוסמכת או,

(ב) בתחום המדינה המוסמכת ואשר -

(אא) מעביר את מקום מגוריו לתחום בעל האמנה השני, או

(בב) מצבו אגב המצאו זמנית בתחום שנזכר לאחרונה מחייב טיפול רפואי מיד, לרבות אשפוז,

יקבל על חשכון המבצע המוסמך גימלאות בעין שניתנו לו מהמבצע של מקום המצאו או של מקום מגוריו החדש לפי הדינים החלים על מבצע זה. במקרה של העברת מקום המגורים יהא עליו לקבל את הסכמת המבצע המוסמך לפני ההעברה. אין לסרב להסכמה זאת אלא אם העברת מקום המגורים עלולה לסכן את מצב בריאותו או את הביצוע של הטיפול הרפואי.

(2) על מתן הגימלאות בכסף יחולו הדינים של המדינה המוסמכת.

(3) הגימלאות בעין המפורטות בסעיף קטן (1) יינתנו -

באוסטריה -

על ידי קופת החולים האיזורית לפועלים ולפקידים המוסמכת למקום המצאו או למקום מגוריו של האדם הנרגע בדבר, לפי הענין,

בישראל -

על ידי המוסד לביטוח לאומי.

(4) מבצע של ביטוח הנכות רשאי לתת את הגימלה במקום המבצע הנזכר בסעיף

קטן (3).

(5) המבצע המוסמך יפצה את המבצע לפי סעיף קטן (3) על הסכומים שהוציא לפי

סעיף קטן (1), למעט הוצאות המינהל.

(6) הרשויות המוסמכות רשאיות להסכים, לצרכי פישוט המינהל, שבכל מקרה

או בטוגים מסוימים של מקרים יבוא התשלום של סכום אחד במקום תשלום החובות של ההוצאות בכל מקרה לחוד.

## סעיף 17

היה מקום לפצות על מחלת מקצוע לפי הדינים של שני בעלי האמנה, לא ינתנו גימלאות אלא לפי הדינים של אותו בעל אמנה שבתחומו לאחרונה קיים העיסוק שהיה עלול לגרום למחלת מקצוע כאמור.

פרק 4אבטלה

## סעיף 18

(1) חלר על אדם פלוגי זה אחר זה אה בסירוגין הדינים של שני בעלי האמנה, יחוברו, לענין רכישת התביעה לגימלאות במקרה של אבטלה, התקופות שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה, במידה שאינן חופפות.

(2) תנאי לתחולת סעיף קטן (1) הוא שהאדם הנוגע בדבר היה מועסק כעובד בתחום בעל האמנה שלפי דיניו הוא תובע את הגימלה, בסך הכל 13 שבועות, תוך שנים עשר החדשים לפני הגשת התביעה זולת אם הופסקה העסקתו ללא אשמת העובד.

פרק 5סיוע משפחתי

## סעיף 19

היה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה קיום התביעה לסיוע משפחתי מותנה בכך שמקום מגוריהם או מקום המצאם של הילדים שלמענם נקבע הסיוע המשפחתי הם בתחום אותו בעל אמנה, יביאו בחשבון את הילדים שמקום המצאם בתחום בעל האמנה השני, כאילו מקום המצאם הקבוע בתחום בעל האמנה הראשון.

## סעיף 20

(1) לבני אדם שמקום מגוריהם או מקום המצאם הרגיל בתחום של אחד מבעלי האמנה והם מקיימים פעילות מפרנסת כשכירים בתחום בעל האמנה השני, תהיה תביעה לסיוע משפחתי לפי הדינים של בעל אמנה זה כאילו בתחומו מקום מגוריהם או מקום המצאם הרגיל.

(2) נשלח שכיר מתחום אחד מבעלי אמנה לתחום בעל האמנה השני, ימשיכו לתול הדינים של בעל האמנה הראשון.

## סעיף 21

קיים אדם במשך חודש קלנדארי אחד בשנים לב להוראות אמנה זו, לגבי ילד, את הנאי הקיום של תביעה לפי הדינים של כל אחד מבעלי האמנה, זה אחר זה, ינתן הסיוע המשפחתי לחודש השלם על ידי אותו בעל אמנה שלפי דיניו היה צריך לתתו בחתילת החודש.

## סעיף 22

ילדים, כמשמעותם בפרק זה, הם מי שלטובתם נקבע סיוע משפחתי בדינים החלים.

חלק 4הוראות שונות

## סעיף 23

(1) הרשויות המוסמכות רשאיות להסדיר בהסכם את סדרי המינהל הדרושים לביצוע אמנה זו. ניחן לערוך הסכם זה עוד לפני תחילתה של אמנה זאת; ברם תחילתו לכל המוקדם בד בבד עם אמנה זאת.

(2) הרשויות המוסמכות של בעלי האמנה ימסרו זו לזו מדע על -  
(א) כל האמצעים שנוקטו להפעלת אמנה זו;

(ב) כל התיקונים של דיניהם הנוגעים להפעלת אמנה זו.

(3) הרשויות והמבצעים של בעלי האמנה יסייעו אלה לאלה בביצוע אמנה זו וינהגו כמו בהפעלת דיניהם הם. עזרה מינ'אלית זו תינתן ללא תשלום.

(4) לענין ביצוע אמנה זו רשאים המבצעים והרשויות של בעלי האמנה לבוא במגע ישיר אלה עם אלה וכן עם בני אדם הנוגעים בדבר או עם באי-כחם.

(5) המבצעים, הרשויות ובתי המשפט של אחד מבעלי האמנה לא יסרבו לקבל את הבקשות והמסמכים האחרים שהוגשו להם מתחת זה בלבד שוערכו בשפה הרשמית של בעל האמנה השני.

(6) הוראות לבדיקות רפואיות בביצוע הדינים של אחד מבעלי האמנה, הנוגעות לבני-אדם הנמצאים בתחום בעל האמנה השני ינתנו על ידי המבצע של מקום המצאם על פי בקשת הרשות המוסמכת על תשבונה.

(7) על העזרה המשפטית יחולו ההוראות החלות מזמן לזמן על העזרה המשפטית בענינים אזרחיים.

## סעיף 24

הרשויות המוסמכות יקימו לשכות קשר להקמת הביצוע של אמנה זו, ובמיוחד לקיום קשר פשוט ומהיר בין המבצעים הנוגעים בדבר מטעם שני הצדדים.

## סעיף 25

(1) כל פטור או הנהח שנקבעו בדינים של אחד מבעלי האמנה, לגבי מסים, מסי בולים, אגרות בית משפט או אגרות רישום על מסמכים או תעודות שיש להגישם בביצוע דינים אלה - יחולו גם על המסמכים והתעודות המתאימים שיש להגישם בביצוע אמנה זו או הדינים של בעל האמנה השני.

(2) תעודות ומסמכים מכל סוג שיש להגישם בביצוע אמנה זו אינם טעונים כל אימות.

## סעיף 26

(1) בקשות, הצהרות או עתירות לסעד שהוגשו בביצוע אמנה זו או הדינים של אחד מבעלי האמנה, לרשות למבצע או למוסד מוסמך אחר של אחד מבעלי האמנה רואים אותם כבקשות; ההצהרות או העתירות לסעד שהוגשו לרשות, למבצע או למוסד מוסמך אחר של בעל האמנה השני.

(2) בקשה למתן גימלה שהוגשה לפי הדינים של בעל אמנה אחד תראה גם כבקשה למתן גימלה מקבילה לפי הדינים של בעל האמנה השני, אם גימלה זו כאה בחשבוך בהתחשב עם הוראות אמנה זו; הוראה זו לא תחול אם המבקש דורש מפורשות שחדחה הקביעה של גימלה למקרה זקנה שנרכשה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה.

(3) בקשות, הצהרות ועתירות לסעד שיש להגישן בביצוע הדינים של אחד מבעלי האמנה תוך מועד מסוים לרשות, למבצע או למוסד מוסמך אחר של אותו בעל אמנה - ניתן להגישן תוך אותו מועד לרשות המקבילה של בעל האמנה השני.

(4) במקרים של הסעיפים הקטנים (1) עד (3) תעביר הרשות שאליה הופנתה הפניה, את הבקשות, ההצהרות או העתירות הסעד מיד לרשות המוסמכת המקבילה של בעל האמנה הראשון.

## סעיף 27

(1) המבצעים החייבים במתן הג.לה ישתחררו מהחיוך של תשלום גימלאות בביצוע אמנה זו על ידי תשלום במטבע החוקי המתייב לפי הדינים המוניציפאליים שלהם.

(2) חשלומי הפצוי שנקבעו באמנה זו יבוצעו במטבע של בעל האמנה שבחחומר נמצא מושבו של המבצע שנחן את הגימלאות.



## 1156 der Beilagen

25

## סעיף 28

(1) החלטות בנות ביצוע של בתי המשפט וכן החלטות ותעודות פיגורים (מסמכים) בני ביצוע של המבצעים או של הרשויות של אחד מבעלי האמנה - בדבר דמי ביטוח או תביעות אחרות הנובעות מהביטוח הסוציאלי וכן בדבר החזרתו של סיוע משפחתי, יוכרו על ידי בעל האמנה השני.

(2) אין לסרב להכרה אלא אם היא נוגדת את תקנת הציבור של בעל האמנה המתבקש להכיר בהחלטה או במסמך.

(3) ההחלטות והמסמכים שהם בני ביצוע ושהוכרו לפי סעיף קטן (1), יוצאו לפועל בתחום בעל האמנה השני. על הליכי ההוצאה לפועל יחולו הדינים החלים בתחום בעל האמנה שבו מתבקש הוצאתם לפועל, על ההוצאה לפועל של ההחלטות והמסמכים המקבילים שהוצאו בתחום אותו בעל האמנה. עותק ההחלטה או המסמך ישא אישור שהם בני ביצוע (הוראת אכיפה).

(4) תביעות של מבצעים בתחום אחד מבעלי האמנה שעילתן בפיגורים בתשלום דמי ביטוח, יחזו בהוצאה לפועל וכן בהליכי פשיטת רגל והסדר בתחום בעל האמנה השני מאותן זכויות קדימה כמו התביעות המקבילות בתחום אותו בעל אמנה.

## סעיף 29

שילם המבצע של אחד מבעלי האמנה מפרעה על חשבוני-גימלה, יעכב המבצע של בעל האמנה השני, על פי בקשת המבצע הנזכר לראשונה, את החשלוש המאוחר יותר של גימלה מקבילה המגיע לפי הדינים של אותו בעל האמנה והמתחם לאותה תקופה. שילם המבצע של בעל האמנה האחד, לגבי תקופת שביחס אליה על המבצע של בעל האמנה השני לשלם גימלה מקבילה במועד מאוחר יותר, גימלה בשיעור גבוה מהמגיע, ייראה הסכום העולה על גימלה זו עד כדי שיעור הסכום המגיע במועד מאוחר יותר כאמור - כמפרעה לענין המשפט הראשון.

## סעיף 30

(1) היה אדם זכאי לגימלאות, לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, בשל נזק שאירע בתחום בעל האמנה השני והוא גם זכאי, לפי הדינים של אותו בעל אמנה לפצויים בשל הנזק מצד שלישי תעבור התביעה לפצויים לידי המבצע של בעל האמנה האחד לפי הדינים החלים עליו.

(2) היו תביעות לשפוי בשל גימלאות מאותו סוג שעילתן באותו אירוע של נזק, הן בידי מבצע של אחד מבעלי האמנה והן בידי מבצע של בעל האמנה השני. רשאי הצד השלישי להשתחרר מהתביעות שעברו לידי שני המבצעים, על ידי תשלום לאחד או לשני משני המבצעים. ביחסים שביניהם חייבית המבצעים זה לזה בתשלומי השוואה לפי יחס הגימלאות שכל אחד מהם חייב בהן.

## סעיף 31

- (1) חילוקי דעות בין שני בעלי האמנה על פירושה של אמנה זו או ביצועה, יושבו ככל האפשר, על ידי הרשויות המוסמכות של בעלי האמנה.
- (2) לא ניתן ליישב חילוקי דעות בדרך זו, יובאו לפי דרישת אחד מבעלי האמנה להכרעה בפני בית דין של בוררים שיורכב כך:
- (א) כל אחד מבעלי הדין ימנה בורר תוך חודש מיום קבלת הדרישה להכרעה על ידי בית דין לבוררים. שני הבוררים שנתמנו כך יבחרו בבורר שלישי אזורת של מדינה שלישית תוך חרשיים אחרי שבעל הדין שמינה את הבורר שלו לאתרונה, הודיע על כך.
- (ב) לא מינה אחד מבעלי האמנה בורר תוך המועד הקצוי, ושאי בעל האמנה השני לבקש את נשיא בית הדין הבין-לאומי למנות בורר כאמור. על פי דרישה של אחד מבעלי האמנה ינהגו בהתאם, אם שני הבוררים אינם יכולים להסכים בדבר בחירת הבורר השלישי.
- (ג) היה הנשיא של בית הדין הבין-לאומי אזורת של אחד מבעלי האמנה, יעברו החפיקדים שהוטלו עליו בסעיף זה למשנה לנשיא של בית הדין, ואם אף הוא היה אזורת של אחד מבעלי האמנה - לאותו שופט בית הדין, בעל הדרגה הגבוהה ביותר, שלא נתקיים בו תנאי זה.
- (3) בית הדין של הבוררים יכריע ברוב דעות. הכרעותיו יחייבו את שני בעלי האמנה. כל אחד מבעלי האמנה ישא בהוצאות הבורר שמינה אותו. בעלי הדין ישוו ביתר ההוצאות בחלקים שווים. בית הדין של הבוררים יקבע בעגמו את סדורי הדין בפניו.

חלק 5הוראות מעבר וסיום

## סעיף 32

(1) אין אמנה זו מקנה זכות לתבוע תשלום גימלאות ביחס לזמן שלפני תחילתה מלבד מה שיקבע בסעיף קטן 7.

(2) לענין קביעת הזכות לגימלה לפי אמנה זו יבואו בחשבון גם תקופות ביטוח שנצטברו לפי הדינים של בעל אמנה לפני תחילתה של האמנה.

(3) מבלי לגרוע מהאמור בסעיף קטן (1) תחול אמנה זו גם על אירועים מבוטחים שאירעו לפני תחילתה; במקרים אלה ייקבעו, לפי הוראות אמנה זו -

(א) קצבאות המגיעות רק מכח אמנה זו - לפי בקשת הזכאי.

(ב) קצבאות שנקבעו לפני תחילתה של אמנה זו - קביעה מחדש, על פי בקשת הזכאי; ניתן גם לקבען מחדש ביוזמת הרשות, ובמקרה זה ייראה היום שבו שלח המבצע את ההודעה שעליו לתת לזכאי בדבר פתיחת התליכים, כיום הגשת הבקשה.

הוגשה הבקשה לקביעה; לקביעה מחדש תוך שנתיים מיום תחילתה של אמנה זו או החלה רשות מיוזמתה תוך המועד האמור בהליכים לקביעה מחדש, ינתנו הגימלאות בהתאם להוראות סעיף קטן 7; בכל מקרה אחר יינתנו החל מהיום שנקבע לפי הדינים של כל אחד משני בעלי האמנה.

(4) נקבעו בדינים של בעלי האמנה הוראות בדבר פקיעת זכויות או התישנות, לא יתולו באשר לקביעות לפי סעיף קטן (3) הדינים הנ"ל בדבר על הזכאים, אם הבקשה המפורטת בסעיף קטן (3) תוגש תוך שנתיים מיום תחילתה של אמנה זו. הוגשה הבקשה כחום מועד זה, תקום הזכות לגימלאות, במידה שלא פקעה או התישנה, החל מיום הגשת הבקשה, זולת אם יש להחיל דינים נוחים יותר של אחד מבעלי האמנה.

(5) במקרים של סעיף קטן (3)(ב) יחול סעיף 29 בשנויים המחויבים.

(6) מעשה בית-דין, בהחלטות קודמות, לא ישמש מחסום בפני הקביעה מחדש.

(7) קצבאות לפי הדינים המנויים בסעיף 2(1) פסקה 1(ג) ופסקה 2(ד) יקבעו ויינתנו בהתאם להוראות אמנה זאת כבר החל מיום 1 לינואר 1973.

## סעיף 33

אדם שנפגע במעמדו במישור הדינים של ביטוח סוציאלי מטעמים פוליטיים או דתיים או מטעמים שבמוצא - זכויותיו המגיעות לו לפי הדינים האוסטרים, לא יפגעו על ידי אמנה זו.

## סעיף 34

(1) אמנה זו טעונה אישור. מסמכי האישור יוחלפו בקרוב, ככל האפשר בירושלים.

(2) תחילתה של אמנה זו היא ביום הראשון של החודש השני לאחר תום החודש שבו הוחלפו מסמכי האישור.

(3) תקפה של אמנה זו היא לזמן בלתי מוגבל. כל אחד מבעלי האמנה רשאי להודיע בכתב ובדרך הדיפלומטית על גמר תקפה ובלבד שההודעה תינתן שלשה חדשים מראש לפחות.

(4) ניתנה הודעה על גמר תקפה של האמנה זו, ימשיכו הוראותיה לחול לגבי זכויות מוקנות, והוא מבלי להתחשב בהוראות מגבילות שנקבעו בהסדרים הנוגעים בדבר, למקרה המצאו של מבוסס בחוץ לארץ.

ולראיה חתמו המורשים של שני בעלי האמנה על הסכם זה.

נערך בוינה ביום ג' כסלו תשל"ד (28 לנובמבר 1973) בשני עותקים, בעברית ובגרמנית, כאשר כל אחד משני הנוסחים מחייב באותה שווה.

בשם

רפובליקת אוסטריה

רודולף הויסר ח.ב.י

בשם

מדינת ישראל

יצחק פטיש ח.ב.י

## 1156 der Beilagen

29

פרוטוקול סיום  
 לאמנה בין מדינת ישראל  
 לבין הרפובליקה אוסטריה  
 על  
 בטחון סוציאלי

בשעת החתימה של האמנה טכורה היום בין הרפובליקה אוסטריה לבין מדינת ישראל על בטחון סוציאלי, מההירים המורשים של שני בעלי האמנה על הסכמתם בדבר הוראות אלה:

1. לסעיף 1 של האמנה:  
 המונחים המפורטים בסעיף קטן 1(9) לא יכללו את תוספת החשואה לפי הדינים האוסטרים ואת ההטבה הסוציאלית לפי הדין הישראלי.
2. לסעיף 3 של האמנה:  
 ( ) לא ייפגעו הסדרים על הנטל בביטוח שבאמנות בין-לאומיות בין בעלי האמנה לבין מדינות אחרות.
- (2) לא ייפגעו: דינים של שני בעלי האמנה בדבר שיתוף פעולה של המובטחים ושל המעבידים במוסדות המבצעים והאיגודים ובשיפוט במשפט הבטחון הסוציאלי.
- (3) לא יהולו על אזרחים ישראלים דינים שבחוק האוסטרי הפדראלי מיום 22.11.1961 על תביעות לגימלאות וצפיות בביטוח הפנסיות ובביטוח האובדות, מבח עיסוקים בחוץ לארץ, וכן הדינים על הכרתן של תקופות פעילות מפרנסת עצמאית שנצטברו, מחוץ לאוסטריה, בתחום הממלכה האוסטרית-הוינגרית לשעבר.
- (4) לא ייפגעו הדינים האוסטריים בדבר מתן סעד למובטלים הקופה ממושכת (NOTSTANDSHILFE).
3. לסעיף 5 לאמנה:  
 (1) לענין ליות החביעה לפנסיה של המפרנסים העצמאיים במערכת העסקים לפי ביטוח הפנסיות האוסטרי, דין שוות לפקיעתם של הרשיון לעסק או של יחסי השותפות באוסטריה ולהפסקתה למעשה של הפעילות המפרנסת העצמאית המקבילה בישראל.
- (2) קיום יחסי ביטוח לפי הדינים הישראלים בעת שלא מבוצעת פעילות מפרנסת, אינם שוללים לידת חביעה לקצבת זקנה אוסטריה (קצבת זקנה לכורים KNAPPSCHAFTSALTERSPENSION).

4. לסעיף 8 של האמנה:

(1) הוראות סעיף קטן (1) יחולו על המורשה האוסטרי לעניני מסחר ועל שותפיו המקצועיים לעבודה שצורפו לו על ידי הלשכה הפדראלית למערכת העסקים, כך שעל העסקתם של בני אדם אלה בחתום מדינת ישראל יחולו הדינים האוסטרים.

(2) לגבי המועסקים ביום תחילתה של אמנה זו, יתחיל המועד הקבוע בסעיף קטן (2) ביום האמור.

5. לסעיף 11 של האמנה:

הוראה זו תחול, לגבי תביעה לקצבת זקנה מוקדמת (קצבת זקנה לכורים) במקרה של אבטלה או של תקופת ביטוח ארוכה שנצטברה לפי הדינים האוסטרים.

6. לסעיף 18 של האמנה:

סעיף קטן (1) לא יחול לענין רכישת הזכות לגמול על חופשת לידה ללא תשלום (KINDERGELD) לפי הדינים האוסטרים.

7. לסעיף 20 של האמנה:

לא תהא זכות לסיוע המשפחתי האוסטרי אלא אם העיסוק באוסטריה אינו נובד את ההוראות הקיימות בדבר העסקת עובדים מחוץ-לארץ ויימשך לפחות חודש קלנדארי שלם.

8. לסעיף 28 של האמנה:

ההוראות בדבר סיוע משפחתי חלות רק על גימלאות שנתקבלו שלא בחט לב.

9. לסעיף 32 של האמנה:

חלק 3 פרק 2 לא יחול על המקרים שבהם, לפי הדינים האוסטריים על ביטוח פנסיות של המפרנסים העצמאיים בחקלאות וביעור, ימשיכו לחול הדינים על הביטוח החקלאי לפנסיה נוספת.

פרוטוקול סיום זה הוא חלק האמנה בין הרפובליקה אוסטריה לבין מדינת ישראל על בטחון טוציאל. תחילתו ביום תחילתה של האמנה, ותקופת תקפו כתקופת תקפה של האמנה.

ולראיה תחמו המורשים של שני בעלי האמנה על פרוטוקול סיום זה.

נעשה בווינה ביום ג' כסלו תשל"ד (28 לנובמבר 1973) בשני עותקים בגרמנית ובעברית כאשר כל אחד משני הנוסחים מהייב באורח שווה.

בשם

הרפובליקה אוסטריה

בשם

מדינת ישראל

ח.ב.י

רודולף הויסר

ח.ב.י

יצחק פטיש

## Erläuterungen

### I. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-israelische Abkommen über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll enthält gesetzändernde und gesetzergänzende Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Verfassungsändernde Bestimmungen sind in diesem Abkommen nicht enthalten. Ein Beschluß des Nationalrates, wonach dieses Abkommen durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist, ist nicht erforderlich.

Die Durchführung des vorliegenden Abkommens obliegt den autonomen österreichischen Versicherungsträgern, sodaß dem Bund hieraus weder Mehrausgaben noch eine Vermehrung des Personalstandes erwachsen werden.

### II. Werdegang des Abkommens

Bereits im Jahre 1958 wurden mit Israel Verhandlungen zwecks Abschluß eines Abkommens über Soziale Sicherheit aufgenommen. Diese Verhandlungen konnten jedoch in der Folge nicht fortgeführt werden, weil dem israelischen Wunsch, für Personen, die seinerzeit aus Gründen rassischer Verfolgung emigriert sind, eine pensionsrechtliche Sonderregelung zu treffen, die es ihnen insbesondere ermöglichen sollte, entgegen den sonstigen Abkommensbestimmungen gegebenenfalls in beiden Vertragsstaaten Vollpensionen (und nicht nur nach dem zurückgelegten Zeitenverhältnis berechnete Teilpensionen) zu beziehen, österreichischerseits damals nicht entsprochen werden konnte.

Die vorerwähnte Problematik wurde erstmals im Verhältnis zu Großbritannien im Art. 42 des österreichisch-britischen Abkommens über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 346/1972, im Sinne der Gewährung von Vollpensionen an politisch und rassisch verfolgte Personen auch nach Wirksamwerden dieses Abkommens, gelöst. Eine analoge Bestimmung wurde auch in alle anderen von Österreich seither verhandelten einschlägigen Abkommen aufgenommen.

Nachdem einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel sohin österreichischerseits grundsätzlich nichts mehr im Wege stand, fanden

vorerst auf Expertenebene österreichisch-israelische vorbereitende Besprechungen zwecks Abschluß eines einschlägigen Abkommens statt. Bei diesen Besprechungen konnte Einvernehmen über die Zweige der Sozialen Sicherheit, die vom künftigen Abkommen erfaßt werden sollten, sowie über die wesentlichen Grundsätze des Abkommens erzielt werden. Im Hinblick darauf, daß die vorgesehenen Regelungen durchwegs den in jüngster Zeit von Österreich mit anderen Staaten geschlossenen Abkommen entsprechen, konnte bei Regierungsverhandlungen vom 22. bis 28. November 1973 in Wien über die deutsche und hebräische Textfassung eines Abkommens über Soziale Sicherheit sowie eines Schlußprotokolls hierzu Einvernehmen erzielt werden; die beiden Instrumente wurden noch am 28. November 1973 in Wien unterzeichnet.

### III. Das Abkommen und das Schlußprotokoll im allgemeinen

Das Abkommen entspricht im Aufbau sowie hinsichtlich seiner materiell-rechtlichen Regelungen weitestgehend den bisher von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen ist in fünf Abschnitte gegliedert.

Abschnitt I (Art. 1 bis 5) enthält allgemeine Begriffsbestimmungen, Bestimmungen über den sachlichen Geltungsbereich, Regelungen betreffend die Gleichstellung der Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten, Regelungen über den Leistungsexport sowie Bestimmungen über eine beschränkte Gleichstellung rechtlich relevanter Tatbestände in beiden Vertragsstaaten.

Der persönliche Geltungsbereich des Abkommens ist — in gleicher Weise wie z. B. die Abkommen mit der BRD und Großbritannien — nicht auf die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten beschränkt.

Die Krankenversicherung ist vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens nur insoweit erfaßt, als sie Leistungen bei Mutterschaft vorsieht, da in Israel derzeit nur eine gesetzliche Mutterschaftsversicherung eingerichtet ist. Die

Einrichtung eines nationalen Gesundheitsdienstes — ähnlich dem in Großbritannien — ist vorgesehen; derzeit wird die Krankenversicherung in Israel im wesentlichen von Krankenfonds der Gewerkschaft auf freiwilliger Basis durchgeführt.

**Abschnitt II** (Art. 6 bis 9) normiert in Bezug auf die jeweils anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften den Territorialitätsgrundsatz sowie Ausnahmen von diesem Grundsatz bzw. die Möglichkeit, weitere Ausnahmen zu vereinbaren.

**Abschnitt III** enthält im Kapitel 1 (Art. 10) die besonderen Bestimmungen hinsichtlich der Leistungen bei Mutterschaft, im Kapitel 2 (Art. 11 bis 15) die besonderen Bestimmungen über die Pensionsversicherung (Leistungen bei Invalidität, Alter und Tod), im Kapitel 3 (Art. 16 und 17) die besonderen Bestimmungen über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, im Kapitel 4 (Art. 18) die besonderen Bestimmungen über Leistungen bei Arbeitslosigkeit und im Kapitel 5 (Art. 19 bis 22) die besonderen Bestimmungen betreffend die Gewährung von Familienbeihilfen.

Für Leistungsansprüche aus diesen Zweigen ist grundsätzlich eine gegenseitige Berücksichtigung der in beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten vorgesehen.

In der **Pensionsversicherung** erfolgt die Leistungsbemessung, wenn eine Person in beiden Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, grundsätzlich unter Anwendung des pro-rata-temporis-Systems, d. h., die aus den Pensionsversicherungen der beiden Vertragsstaaten gebührenden Teilleistungen werden nach dem Zeitenverhältnis der in diesen Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten berechnet. Dies gilt nicht für begünstigte Personen, wenn sie allein auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften erworbenen Versicherungszeiten einen Leistungsanspruch haben.

In der **Unfallversicherung** ist die aushilfsweise Gewährung von Sachleistungen durch den Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes zu Lasten des zuständigen Trägers vorgesehen. Hinsichtlich der Leistungen bei Berufskrankheiten ist ausschließlich der Träger jenes Vertragsstaates leistungspflichtig, in dessen Gebiet die letzte Beschäftigung vorliegt, die geeignet war, diese Berufskrankheit zu verursachen.

**Abschnitt IV** (Art. 23 bis 31) enthält verschiedene Bestimmungen, insbesondere über den Abschluß einer Durchführungsvereinbarung, über die Amtshilfe sowie über die Durchführung und Auslegung des Abkommens.

In **Abschnitt V** (Art. 32 bis 34) sind die Übergangs- und Schlußbestimmungen zusammengefaßt.

Das **Schlußprotokoll**, das einen Bestandteil des Abkommens bildet, enthält im wesentlichen Be-

stimmungen, durch die der Anwendungsbereich einzelner Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten bzw. der Anwendungsbereich dieses Abkommens für bestimmte Fälle erweitert bzw. eingeschränkt wird, sowie Bestimmungen, die zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten in Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

#### **IV. Übersicht über das israelische Sozialversicherungssystem**

##### **Geschichtliche Entwicklung**

Die israelische Sozialversicherung geht auf die Einwanderer zurück, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Palästina kamen. Sie gründeten 1911 die Union der Landarbeiter von Galiläa; im folgenden Jahr organisierte diese Union den ersten Krankenfonds.

1920 wurde die Histadrut (allgemeine Gewerkschaft) gegründet; ein Großteil der bis dahin entstandenen Krankenfonds wurde im Kupat Cholim, dem Krankenfonds der Histadrut, zusammengeschlossen. Während der britischen Mandatszeit baute die Histadrut ein umfängliches, auf freier Basis bestehendes Sozialversicherungssystem auf. Dieses System diente neben anderen, auf privater Basis in dieser Zeit entstandenen Einrichtungen als Grundlage, auf dem der Staat Israel das staatliche System aufbaute. Heute bestehen viele der damals gegründeten Einrichtungen noch weiter und unterstützen das staatliche System.

Die Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 brachte viele Änderungen in der Sozialstruktur des Landes. 1949 wurde ein unabhängiges Komitee zur Prüfung der Probleme betreffend die Sozialversicherung eingesetzt. Von den von diesem Komitee erarbeiteten Vorschlägen ausgehend, wurde am 18. November 1953 das Nationalversicherungsgesetz vom israelischen Parlament, der Knesset, beschlossen und trat am 1. April 1954 in Kraft.

Das Nationalversicherungsgesetz (NVG) umfaßte in diesem Zeitpunkt lediglich drei Versicherungszweige, nämlich die Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die Arbeitsunfallversicherung und die Mutterschaftsversicherung. In der Folge wurde das NVG um die Versicherung für Kinder von Arbeitnehmern, die Versicherung für kinderreiche Familien sowie um die Arbeitslosenversicherung erweitert. Als vorläufiger Schlußpunkt wurde 1973 eine Invaliditätsversicherung eingerichtet, deren leistungsrechtliche Bestimmungen mit 1. April 1974 wirksam werden.

##### **Umfang der Versicherung**

Die Nationalversicherung ist eine Pflichtversicherung für alle Einwohner ab dem vollendeten 18. Lebensjahr. Die Stellung der versicherten Personen wird durch drei Kriterien bestimmt:



1. Wohnsitz,
2. Alter bei der Einwanderung,
3. Erwerbstätigkeit.

### 1. Einwohner — Nichteinwohner

**Einwohner** im Sinne des NVG ist jede Person, die in Israel rechtmäßig wohnt und die beabsichtigt, dort weiterhin zu leben, unabhängig davon, ob sie israelischer Staatsbürger ist. Jeder Einwohner Israels ist durch die Mutterschafts-, Invaliditäts- sowie Alters- und Hinterbliebenenversicherung und die Versicherung für kinderreiche Familien geschützt, als selbständig oder unselbständig Erwerbstätiger ferner durch die Arbeitsunfallversicherung sowie als unselbständig Erwerbstätiger schließlich noch durch die Arbeitslosenversicherung und die Versicherung für Kinder von Arbeitnehmern.

Ein neuer Emigrant gilt ab dem Tag der Einwanderung als Einwohner.

Ein **Nichteinwohner** ist jede Person, die ihren Wohnort nicht in Israel hat und die nicht beabsichtigt, sich in Israel niederzulassen. Ein vorübergehender Aufenthalt gilt nicht als Wohnort.

Ein selbständig oder unselbständig erwerbstätiger Nichteinwohner ist durch die Mutterschafts- und Arbeitsunfallversicherung geschützt, als unselbständig Erwerbstätiger überdies durch die Arbeitslosenversicherung und die Versicherung für Kinder von Arbeitnehmern.

### 2. Alter bei der Einwanderung

Obwohl grundsätzlich jeder israelische Einwohner ab vollendetem 18. Lebensjahr pflichtversichert ist, unterliegen folgende Personen nicht der Versicherung:

- a) ein israelischer Einwohner, der vor dem 18. November 1886 geboren ist,
- b) ein Mann, der israelischer Einwohner mit Vollendung des 60. Lebensjahres oder später wurde,
- c) eine Frau, die israelischer Einwohner mit Vollendung des 60. Lebensjahres oder später wurde und die nach dem 16. April 1905 geboren ist,
- d) eine Frau, die israelischer Einwohner mit Vollendung des 55. Lebensjahres oder später wurde und vor dem 17. April 1905 geboren ist.

### 3. Erwerbstätigkeit

**Männer** sind pflichtversichert, gleichgültig ob sie erwerbstätig sind oder nicht und gleichgültig ob sie verheiratet sind oder nicht.

**Frauen:** a) Ledige Frauen oder verheiratete Frauen, deren Ehegatten unbekannten Aufent-

haltes sind und für den Unterhalt nicht sorgen, sind pflichtversichert, gleichgültig ob sie erwerbstätig sind oder nicht;

b) verheiratete Frauen und Bezieherinnen einer Witwenpension sind nur versichert, wenn sie erwerbstätig sind.

### Freiwillige Versicherung

Eine verheiratete Frau, die nicht erwerbstätig und daher nicht pflichtversichert ist, hat das Recht auf freiwillige Versicherung in der Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie Invalidenversicherung. Voraussetzung hierfür ist, daß sie die freiwillige Versicherung innerhalb eines Jahres nach ihrer Einwanderung oder innerhalb eines Jahres vom Tag ihrer Verheiratung oder innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt der Einstellung ihrer Erwerbstätigkeit geltend macht.

### Organisation

Die Verwaltung aller Versicherungszweige obliegt dem Nationalversicherungsinstitut. Es wird sowohl vom Arbeitsminister als auch vom Aufsichtsrat des Instituts überwacht.

Der Arbeitsminister stellt das Verbindungsglied zur Regierung dar. Er ist dem Parlament gegenüber für alle Handlungen des Instituts verantwortlich und vertritt das Institut in Regierungsversammlungen. Trotz der engen Verbindung zwischen dem Institut und der Regierung hat das Institut ein großes Maß an Unabhängigkeit, insbesondere aus der Tatsache der Trennung der Geldmittel des Instituts von denen des Staates.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus 50 Mitgliedern zusammen, die vom Arbeitsminister bestellt werden. Sie repräsentieren Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Organisationen von selbständig Erwerbstätigen und Hausfrauen, Minoritäten und andere öffentliche Einrichtungen sowie die Regierung. Der Aufsichtsrat wird auf vier Jahre bestellt und tritt durchschnittlich alle drei Monate zusammen. Als oberste Einrichtung des Instituts obliegt ihm insbesondere die Beratung des Arbeitsministers bei der Erlassung von Verordnungen, die Genehmigung des Budgets und die Prüfung des Jahresabschlusses.

Die Geschäftsführung des Institutes obliegt dem Vorstand. Dieser setzt sich aus dem Generaldirektor des Instituts und seinen Stellvertretern zusammen. Der Vorstand wird nach Beratung mit dem Aufsichtsrat vom Arbeitsminister ernannt.

Die Verwaltungsaufgaben des Instituts sind zwischen der Hauptstelle und 16 Zweigstellen geteilt. Die Hauptstelle besteht aus Abteilungen, die für die Festlegung und Ausführung der Politik des Instituts, für die Schulung der Beamten sowie für die Kontrolle der einzelnen Aufgaben des Instituts verantwortlich sind. Es bestehen

Abteilungen für jeden Versicherungszweig, für Beitragseinziehung, für versicherungsmathematische, für legistische und für medizinische Angelegenheiten, für Forschung und Statistik, für die interne Kontrolle sowie für Information und Öffentlichkeitsarbeit.

Den Zweigstellen obliegt die Einziehung der Beiträge sowie die Bearbeitung der Leistungsanträge mit Ausnahme der endgültigen Entscheidungen betreffend Pensionen.

Gegen die Entscheidungen des Nationalversicherungsinstituts kann die Klage bei den Distriktsarbeitsgerichten erhoben werden. Gegen die Entscheidungen dieser Gerichte besteht die Möglichkeit, das Landesarbeitsgericht in Jerusalem anzurufen.

### Finanzierung

Das Budget des Nationalversicherungsinstituts setzt sich grundsätzlich aus den Beiträgen der Versicherten und deren Dienstgeber zusammen. Der Staat ist an den Teilbudgets der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, der Invalidenversicherung und der Versicherung für kinderreiche Familien beteiligt.

Die Beiträge der Dienstnehmer werden zwischen diesen und ihren Dienstgebern geteilt. Der Dienstnehmeranteil beträgt 2'70%, der des Dienstgebers liegt zwischen 12'20% und 15'50% (je nach Einstufung des Unternehmens in Bezug auf die Arbeitsunfallversicherung) des monatlichen Entgeltes bis zu einer Höchstbeitragsgrundlage von IL 1.500.

Die Beiträge der selbständig Erwerbstätigen werden auf der Grundlage der Einkommensteuererklärung für das letzte Jahr, maximal bis zur genannten Höchstbeitragsgrundlage, berechnet und betragen grundsätzlich 7'90%. Als selbständig Erwerbstätiger gilt eine Person, die wenigstens zwölf Stunden in der Woche auf eigene Rechnung erwerbstätig ist und daraus ein monatliches Einkommen von wenigstens IL 60 erzielt.

Für nicht erwerbstätige Personen beträgt der Beitragssatz grundsätzlich 6'80%, für freiwillig versicherte Personen 5'30%. Für Personen, die über kein Einkommen verfügen, beträgt der Mindestbeitrag IL 16 jährlich.

### Die Leistungen im einzelnen

Die im folgenden angeführten Beträge in israelischen Pfund beziehen sich auf den Stand vom 1. Jänner 1974.

#### 1. Mutterschaftsversicherung

Die Mutterschaftsversicherung sieht für eine Mutter zwei Arten von Leistungen vor — die Geburtsbeihilfe und das Mutterschaftsgeld.

##### a) Geburtsbeihilfe

Anspruchsberechtigt ist jede Frau, die ein israelischer Einwohner oder die Ehefrau eines

israelischen Einwohners ist, wenn die Geburt in Israel in einem Krankenhaus erfolgt oder die Frau unmittelbar nach der Geburt in ein Krankenhaus gebracht wird.

Wenn die Frau kein israelischer Einwohner und sie oder ihr Ehegatte in Israel selbständig oder unselbständig erwerbstätig ist, hat sie Anspruch, wenn die Geburt in Israel erfolgt.

Anspruchsberechtigt ist ferner eine Frau, die ein israelischer Einwohner ist, wenn die Geburt außerhalb Israels erfolgt.

Die Geburtsbeihilfe besteht aus zwei Teilen; ein Teil dient zur Abdeckung der Krankenhauskosten (IL 504 je Kind), den anderen Teil erhält die Mutter als Ausstattungsbeitrag. Der Ausstattungsbeitrag beträgt

für ein Kind .....	IL 200,
für Zwillinge .....	IL 1.000,
für drei Kinder .....	IL 2.000,
für vier Kinder .....	IL 3.000.

Der Ausstattungsbeitrag kann auch als Sachleistung erbracht werden.

##### b) Mutterschaftsgeld

Das Mutterschaftsgeld beträgt 75% des Durchschnittseinkommens während der letzten drei Monate vor der Einstellung der Erwerbstätigkeit, jedoch maximal von IL 1.500. Es wird frühestens ab dem 42. Tag vor der voraussichtlichen Geburt für einen Zeitraum von sechs bzw. zwölf Wochen gewährt.

Das Mutterschaftsgeld wird einer Frau zwölf Wochen gewährt, wenn sie innerhalb der letzten 14 Monate vor der Einstellung der Erwerbstätigkeit mindestens zehn Monate bzw. innerhalb der letzten 22 Monate mindestens 15 Monate unselbständig oder selbständig erwerbstätig war. War sie innerhalb der letzten 18 Monate vor der Einstellung der Erwerbstätigkeit nur zehn Monate erwerbstätig, erhält sie das Mutterschaftsgeld sechs Wochen.

Als neuer Einwanderer erhält eine Frau das Mutterschaftsgeld sechs Wochen, wenn sie wenigstens sechs Monate innerhalb der ersten 14 Monate ihres Aufenthaltes in Israel unselbständig oder selbständig erwerbstätig war.

#### 2. Invaliditätsversicherung

Die Invaliditätsversicherung unterscheidet grundsätzlich zwischen Neuinvaliden und Altinvaliden. Als Neuinvalid gilt eine Person, deren Invalidität am 1. Jänner 1970 oder später, als Altinvalid ein israelischer Einwohner, dessen Invalidität vor diesem Tag eingetreten ist.

Voraussetzung für den Eintritt der Invalidität ist eine mindestens 50%ige Minderung der Erwerbsfähigkeit. Die Festsetzung des Eintrittes der Invalidität sowie des Invaliditätsgrades erfolgt durch einen Invaliditätsausschuß nach Feststellung des körperlichen oder geistigen Gebre-

chens durch einen autorisierten Arzt, wobei die daraus resultierende Schädigung mindestens 35% bei Neuinvaliden bzw. 50% bei Altinvaliden betragen muß.

Anspruch auf eine Invaliditätspension hat ab dem 90. Tag nach Eintritt der Invalidität

- a) ein Altinvalide, dessen Invaliditätsgrad mindestens 75% beträgt und der keine sonstige Entschädigung für diese Invalidität erhält,
- b) ein Neuinvalide, dessen Invaliditätsgrad mindestens 50% beträgt und der während der letzten zwölf Monate unmittelbar vor Eintritt der Invalidität bzw. während 24 Monate innerhalb der letzten 60 Monate vor Eintritt der Invalidität versichert war; diese Wartezeit entfällt u. a. für jugendliche Arbeitnehmer.

Die Höhe der Pension eines Invaliden mit einem Invaliditätsgrad von mindestens 75% beträgt 20% des Durchschnittslohnes aller Arbeitnehmer. Für den ersten Angehörigen wird eine Zulage von 10% und für jeden weiteren Angehörigen eine solche von 8% dieses Durchschnittslohnes gewährt.

Ein Neuinvalide, dessen Invaliditätsgrad nicht weniger als 50% und nicht mehr als 74% beträgt, hat Anspruch auf eine entsprechend verminderte Teilpension.

Übersteigt das sonstige Einkommen eines Pensionsberechtigten bestimmte Grenzwerte, so ist ein Ruhen der Invaliditätspension unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen.

Unter den oben genannten medizinischen Voraussetzungen (35%ige bzw. 50%ige Schädigung) besteht Anspruch auf besondere Leistungen, wie persönliche Betreuung; Unterstützung in der Haushaltsführung und sonstige, im Hinblick auf die Invalidität notwendige Maßnahmen. Diese Leistungen werden auch nach Vollendung des 65. Lebensjahres bei Männern bzw. des 60. Lebensjahres bei Frauen gewährt.

Anspruch auf berufliche Rehabilitation hat ein Versicherter grundsätzlich dann, wenn der Invaliditätsgrad mindestens 20% beträgt und die für die Invaliditätspension vorgesehene Wartezeit erfüllt ist.

### 3. Alters- und Hinterbliebenenversicherung

#### a) Leistungen bei Alter

Anspruch auf eine Alterspension hat jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr (das 65. Lebensjahr bei Frauen) vollendet und fünf Versicherungsjahre zurückgelegt hat. Alleinstehende Personen, deren Jahreseinkommen weniger als IL 6000 beträgt, bzw. Personen mit Angehörigen, deren Jahreseinkommen weniger

als IL 8000 beträgt, erhalten die Alterspension bereits ab Vollendung des 65. Lebensjahres (des 60. Lebensjahres bei Frauen). Übersteigt das jährliche Einkommen diesen Betrag, besteht weiterhin Anspruch auf die Alterspension, doch wird diese um den entsprechenden Betrag gekürzt.

Hat eine versicherte Person nach Vollendung des 65. Lebensjahres wegen ihres Einkommens keinen Anspruch auf Alterspension, so gebührt für jedes Jahr des Pensionsaufschubes eine Erhöhung wegen Pensionsaufschub von 5% bis maximal 25% der Grundpension.

Eine verheiratete, nicht erwerbstätige Frau hat keinen Anspruch auf eine eigene Alterspension, es sei denn, daß sie von der freiwilligen Versicherung Gebrauch gemacht hat.

Ein verheirateter Pensionist hat unter gewissen Bedingungen Anspruch auf eine Erhöhung für die Ehegattin und Kinder.

Der Bezieher einer Alterspension hat Anspruch auf eine Sozialzulage, wenn sein sonstiges Einkommen die Grundpension für eine alleinstehende Person oder, wenn er verheiratet ist, die Grundpension für ein Ehepaar nicht übersteigt.

Übersteigt das sonstige Einkommen einer Person die Grundpension für eine alleinstehende Person, so besteht Anspruch auf die um diesen Betrag verminderte Sozialzulage.

War eine Person mehr als zehn Jahre versichert, hat sie Anspruch auf eine Zulage für Langversicherte von 2% für jedes zusätzliche Versicherungsjahr bis maximal 50%.

Die Alterspension wird — wie die Invaliditäts- und Hinterbliebenenpension — auf der Basis eines Grundbetrages gezahlt und beträgt einen Prozentsatz des Durchschnittslohnes aller Arbeitnehmer, und zwar

für den Versicherten ..	15'00% bzw. IL 174,55,
mit einem Angehörigen ..	22'50% bzw. IL 261,85,
mit zwei Angehörigen ..	28'50% bzw. IL 331,65,
mit drei Angehörigen ..	34'50% bzw. IL 401,45,
mit vier Angehörigen ..	40'00% bzw. IL 465,45,
für jeden weiteren Angehörigen ..	5'50% bzw. IL 64,—.

Für Personen, die nach dem NVG keinen Anspruch auf eine Alterspension haben, sind besondere Alterspensionen vorgesehen, die vom Staat bzw. der jüdischen Einwanderungsbehörde finanziert werden.

#### b) Leistungen an Hinterbliebene

Die Witve und Waisen haben Anspruch auf Hinterbliebenenpensionen, wenn der versicherte Verstorbene wenigstens ein Versicherungsjahr zurückgelegt hat. Diese Voraussetzung gilt nicht für einen Einwanderer, der innerhalb eines Jahres nach dem Tag seiner Einwanderung stirbt.

Die Witwenpension fällt mit der Wiederverheiratung der Witwe weg und wird durch eine einmalige Zahlung abgefertigt. Die Witwenpension lebt wieder auf, wenn die Ehe innerhalb von zwei Jahren aufgelöst wird.

Die Höhe der Witwenpension ist vom Alter der Witwe, der Anzahl der Kinder und ihrem Gesundheitszustand abhängig. Hat die Witwe das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet, so gebührt keine Witwenpension, jedoch eine Abfindung in der Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Witwenpension.

Witwen, deren Einkommen einen bestimmten Betrag nicht übersteigt und die vorher keine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben, kann eine Berufsausbildung sowie während dieser Zeit eine finanzielle Beihilfe gewährt werden.

Übersteigt das sonstige Einkommen eines Beziehers einer Hinterbliebenenpension nicht den Pensionsbetrag, so gebührt eine Sozialzulage.

Die monatlichen Hinterbliebenenpensionen betragen, wie die Invaliditäts- und Alterspensionen, einen Prozentsatz des Durchschnittslohnes aller Arbeitnehmer, und zwar

für eine Witwe zwischen dem 40. und 49. Lebensjahr ohne Kinder	11'30% bzw. IL 131,50,
für eine Witwe über dem 50. Lebensjahr, für eine Witwe unter dem 50. Lebensjahr ohne Kinder, die nicht für sich sorgen kann, oder für eine Waise	15'00% bzw. IL 174,55,
für eine Witwe mit einem Kind oder für zwei Waisen	22'50% bzw. IL 261,85,
für eine Witwe mit zwei Kindern oder für drei Waisen	28'00% bzw. IL 331,65,
für eine Witwe mit drei oder mehr Kindern oder für vier Waisen	40'00% bzw. IL 465,45,
für jede zusätzliche Waise	5'50% bzw. IL 64,—.

Ein Sterbegeld wird für jede Person gezahlt, die in Israel stirbt und dort bestattet wird, sowie für jeden israelischen Einwohner, der im Ausland stirbt und in Israel bestattet wird, unabhängig davon, ob die betreffende Person versichert war. Das Sterbegeld wird direkt an das Bestattungsinstitut gezahlt.

#### 4. Arbeitsunfallversicherung

Leistungen aus der Arbeitsunfallversicherung werden auf Grund von Arbeitsunfällen und die-

sen gleichgestellten Unfällen sowie auf Grund von Berufskrankheiten gewährt. Als Leistungen kommen Sach- und Geldleistungen in Betracht.

##### a) Sachleistungen

Ärztliche Betreuung einschließlich Krankenhausaufenthalt, Heilmittel und Heilbehelfe, Pflege in Genesungsanstalten, medizinische und berufliche Rehabilitation.

##### b) Geldleistungen

Für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit wird nach einer Wartezeit von zwei Tagen für maximal 26 Wochen Krankengeld gewährt. Das Krankengeld beträgt 75% des zuletzt erzielten Durchschnittseinkommens, jedoch maximal von IL 1500.

Hat der Arbeitsunfall bzw. die Berufskrankheit eine dauernde Erwerbsminderung von wenigstens 5% zur Folge, besteht ab der 27. Woche Anspruch auf eine Unfallpension, die jedoch bis zu einer Erwerbsminderung von 19% in Form einer einmaligen Leistung abgefunden wird. Die Unfallpension für eine Erwerbsminderung von 20% oder mehr wird auf der Grundlage des vom Verletzten vor der Erwerbsminderung erzielten Erwerbseinkommens berechnet (maximal 75% von IL 1500). Personen mit einer dauernden Erwerbsminderung von 75% oder mehr erhalten zusätzliche Leistungen in Form von Unterhaltsbeihilfen und einmaligen Geldleistungen.

Wird durch einen Arbeitsunfall oder durch eine Berufskrankheit der Tod eines Versicherten verursacht, haben seine Witwe und Kinder sowie unter bestimmten Umständen seine Eltern Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension, die auf der Grundlage des vom Verletzten vor seinem Tod erzielten Erwerbseinkommens berechnet wird (maximal 75% von IL 1125).

Die Beträge von IL 1500 bzw. IL 1125 ändern sich im Verhältnis, in dem sich der Durchschnittslohn aller Arbeitnehmer ändert.

#### 5. Arbeitslosenversicherung

##### a) Anspruchsvoraussetzungen: Anwartschaftszeit

Die Anwartschaftszeit auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung beträgt:

für einen versicherten Tagelöhner 150 Arbeitstage, für die während der 360 Tage, die dem Monatsersten des Eintretens der Arbeitslosigkeit vorangehen, Beiträge gezahlt worden sind, oder 225 Arbeitstage während 540 Tagen;

für einen versicherten monatlich entlohten Arbeitnehmer 180 Tage während der 360 Tage, die dem Monatsersten des Eintretens der Arbeitslosigkeit vorangehen, oder 270 Tage während 540 Tagen;

für einen arbeitslosen Neueinwanderer 100 Arbeitstage während der entsprechenden 360 Tage;

für demobilisierte Soldaten entfällt die Erfüllung der Anwartschaftszeit.

Tage von Familientrauer und von Reserve- dienst in der Armee gelten als Arbeitstage. Die Zeit der Berufsausbildung wird als Anwartschaftszeit gerechnet.

#### Arbeitslosigkeit

Als arbeitslos gilt jede Person, die bei einem Arbeitsamt als arbeitslos registriert ist und bereit und fähig ist, im eigenen oder irgend einem anderen Beruf eine angemessene Arbeit zu übernehmen, und der das Arbeitsamt keine Arbeit der einen oder anderen Art vorgeschlagen hat. Wer ohne hinreichenden Grund seine Arbeit aufgibt oder eine vom Arbeitsamt angebotene angemessene Arbeit ablehnt, hat während 30 Tagen keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und bei wiederholter Ablehnung während weiteren 30 Tagen vom Tag der Ablehnung an.

#### b) Höhe der Arbeitslosenleistung

Die tägliche Arbeitslosenleistung beträgt einen gewissen Prozentsatz des Durchschnittseinkommens des Versicherten, der von der Zahl der Familienangehörigen und der Höhe seines Durchschnittseinkommens abhängt; je niedriger das Einkommen, umso höher der Prozentsatz. Der Prozentsatz schwankt zwischen 47,50% und 80%. Die Höchstgrenze beträgt IL 33,50. Arbeitslosen Jugendlichen von 15 bis 18 Jahren werden Beihilfen, die nicht auf Beiträgen beruhen, gewährt.

#### c) Dauer der Arbeitslosenleistung

Die Höchstzahl der Tage von Arbeitslosigkeit, für die Leistungen gezahlt werden können, darf für einen Arbeitslosen von über 45 Jahren oder einem mit drei unterhaltsberechtigten Angehörigen im Jahr 175 Tage nicht übersteigen. In allen anderen Fällen ist die Höchstzahl 138 Tage im Jahr. Für jeden Zeitraum von 120 Tagen ununterbrochener Arbeitslosigkeit gelten die ersten fünf Tage als Zwischenperiode, für die keine Leistungen gezahlt werden. Diese Perioden können in Zeiten von verlängerter oder allgemeiner Arbeitslosigkeit im Landesmaßstab oder in Sonderfällen für bestimmte Gebiete ausgedehnt werden.

#### d) Vorbeugende Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

Der Staat ist gesetzlich ermächtigt, zur Verhütung des Eintrittes von Arbeitslosigkeit die Berufsschulung, die geographische Beweglichkeit und die berufliche Rehabilitation der Arbeitnehmer aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu fördern.

### 5. Familienbeihilfen

In Israel bestehen zwei Systeme für die Familienbeihilfen. Allgemein werden an alle Personen mit Wohnsitz in Israel Familienbeihilfen gewährt, wenn sie drei und mehr Kinder haben. Arbeitnehmer erhalten dagegen Familienbeihilfen bereits ab dem ersten Kind.

Kinder werden bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt. Darüber hinaus werden für behinderte Kinder bis zum 25. Lebensjahr Familienbeihilfen gezahlt.

Die Familienbeihilfen ab dem dritten Kind werden vom Nationalen Versicherungsinstitut in der Regel direkt an die Mutter ausgezahlt.

Die Familienbeihilfen für die ersten beiden Kinder der Arbeitnehmer werden vom Dienstgeber gegen Verrechnung mit dem Institut an den Arbeitnehmer ausgezahlt.

Die Höhe der monatlichen Familienbeihilfen, welche an einen Index gebunden ist, beträgt:

für das erste Kind (nur Arbeitnehmer) .	IL 36,
für das zweite Kind (nur Arbeitnehmer)	IL 36,
für das dritte Kind (allgemein) . . . . .	IL 51,
für das vierte Kind . . . . .	IL 70,
für das fünfte Kind . . . . .	IL 73,
für das sechste Kind . . . . .	IL 70,
für jedes weitere Kind . . . . .	IL 64.

### V. Die einzelnen Bestimmungen des Abkommens und des Schlußprotokolls

Im Hinblick darauf, daß das vorliegende Abkommen weitestgehend das österreichisch-luxemburgische Abkommen über Soziale Sicherheit vom 21. Dezember 1971 in der Fassung des Zusatzabkommens vom 16. Mai 1973, BGBl. Nr. 73/1974, zum Vorbild hat, erfolgt zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen unter der Kurzbezeichnung „ö.-lux. Abk.“ eine Bezugnahme auf dieses Abkommen und die Erläuterungen hiezu (siehe 464 und 738 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, XIII. GP).

#### Zu Art. 1:

Dieser Artikel enthält die in allen einschlägigen Abkommen üblichen Begriffsbestimmungen und Kurzbezeichnungen. Durch die im Punkt I des Schlußprotokolls vorgesehene Ausnahme der Ausgleichszulage von den im Art. 1 Abs. 1 Z. 9 angeführten Ausdrücken kommt eine Zahlung dieser Leistung bei Aufenthalt in Israel — entgegen der Exportverpflichtung nach Art. 4 — nicht in Betracht.

#### Zu Art. 2:

In diesem Artikel wird der sachliche Geltungsbereich des Abkommens festgelegt.

Unter Abs. 1 Z. 1 erfolgt die Zitierung der österreichischerseits erfaßten Rechtsvorschriften in der im ö.-lux. Abk. gewählten Weise. Neben den im Abs. 2 getroffenen Einschränkungen ist zu beachten, daß sich das Abkommen auf die österreichischen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung nur insoweit bezieht, als sie die Leistungsgewährung aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft regeln. Ungeachtet dieser Regelung erfaßt eine in Anwendung der Art. 6 ff. erfolgte Zuordnung die österreichischen Rechtsvorschriften im Bereich der Krankenversicherung zur Gänze — also auch hinsichtlich der Versicherungspflicht.

Die im Abs. 3 vorgesehene Ausnahme der Versicherungslastregelungen (wie z. B. mit der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien) stellt sicher, daß die auf Grund solcher Regelungen in der österreichischen Pensionsversicherung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten bzw. in der österreichischen Unfallversicherung zu übernehmenden Ansprüche auch im Rahmen dieses Abkommens berücksichtigt werden.

#### Zu Art. 3:

Der in diesem Artikel enthaltene Grundsatz der persönlichen Gleichstellung findet sich in allen bisher geschlossenen Abkommen. Punkt II des Schlußprotokolls enthält Bestimmungen, wie sie auch in den übrigen Abkommen Österreichs als Ausnahmen vom Gleichstellungsgrundsatz festgelegt wurden, wodurch der Gleichstellung praktisch keine Bedeutung zukommt.

Die Einbeziehung von Flüchtlingen und Staatenlosen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, trägt der sich aus der Ratifizierung der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955, ergebenden Rechtslage Rechnung bzw. erfolgt im Hinblick auf die dieser Konvention analogen, am 28. September 1954 in New York unterzeichneten Konvention über die Rechtsstellung der Staatenlosen.

#### Zu Art. 4:

Dieser Artikel enthält die in Abkommen über Soziale Sicherheit übliche Regelung hinsichtlich des Leistungsexportes. Diese Exportverpflichtung gilt nicht für die Ausgleichszulage (siehe die entsprechenden Ausführungen zu Art. 1) sowie für die bei Arbeitslosigkeit vorgesehenen Leistungen.

#### Zu Art. 5:

Dieser Artikel enthält in Verbindung mit Punkt III Z. 1 des Schlußprotokolls den in allen Abkommen Österreichs normierten Grundsatz der Gleichstellung versicherungsrechtlich relevanter Tatbestände. Im Sinne der rechtspolitischen Überlegung, durch das Abkommen möglichst

wenig in innerstaatliche Rechte eingreifen zu sollen, sowie im Hinblick auf das aufgetretene Erfordernis, die durch Regelungen dieser Art zwangsläufig eintretende unnötige Verflechtung der Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten im Interesse einer leichteren Administrierbarkeit der einschlägigen Abkommensnormen aufzulockern, war eine Reduzierung der Tatbestände mit versicherungsrechtlicher Auswirkung im jeweils anderen Vertragsstaat erforderlich. Durch diese eingeschränkte Tatbestandsgleichstellung wird u. a. erreicht, daß eine freiwillige Versicherung in der österreichischen Pensionsversicherung neben einer in Israel bestehenden Pflichtversicherung bzw. freiwilligen Versicherung zulässig ist.

Im Hinblick darauf, daß in der israelischen Pensionsversicherung die Versicherungspflicht wie in der Schweiz und in Großbritannien bereits durch den Wohnsitz in Israel begründet wird, war es wie in den Abkommen mit diesen Staaten notwendig, durch Punkt III Z. 2 des Schlußprotokolls zu verhindern, daß ein Anspruch auf eine österreichische Alters(Knappschafts-)pension nach § 253 Abs. 1 bzw. § 276 Abs. 1 ASVG nur deshalb ausgeschlossen wird, weil der Pensionswerber — ohne erwerbstätig zu sein — in Israel wohnt.

#### Zu den Art. 6 bis 9:

Diese Artikel normieren den in allen Abkommen über Soziale Sicherheit üblichen Territorialitätsgrundsatz sowie die Ausnahmen von diesem Grundsatz; sie entsprechen fast wörtlich den Art. 8 bis 11 des ö.-lux. Abk.

#### Zu Art. 10:

Im Hinblick auf die in beiden Vertragsstaaten bestehenden Rechtsvorschriften betreffend die Leistungsgewährung bei Mutterschaft war es lediglich erforderlich, eine Zusammenrechnung der in der österreichischen Krankenversicherung und der in der israelischen Mutterschaftsversicherung zurückgelegten Versicherungszeiten für die Erfüllung einer nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten für den Leistungsanspruch bzw. die Dauer der Leistungsgewährung vorgesehenen Wartezeit festzulegen.

#### Zu den Art. 11 bis 15:

Diese Artikel regeln die Wahrung der Rechte auf Grund der von einem Versicherten in den Pensionsversicherungen beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten. Die Regelungen entsprechen den einschlägigen Bestimmungen in den von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit.

**Art. 11** enthält die übliche Zusammenrechnungsnorm für den Erwerb eines Leistungsanspruches bei Invalidität, Alter und Tod. Diese Zusammenrechnung gilt gemäß Punkt V des Schlußprotokolls — ebenso wie in allen in letzter Zeit von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit — nicht hinsichtlich eines Anspruches auf vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit oder bei langer Versicherungsdauer nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

**Art. 12** regelt in Abs. 1 den Modus der Leistungsberechnung bei Vorliegen von Versicherungszeiten in beiden Vertragsstaaten. Die diesbezüglich vorgesehene Zusammenrechnung der Versicherungszeiten (Abs. 1 lit. a), Ermittlung einer fiktiven Vollpension nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften (Abs. 1 lit. b) und Proratisierung dieser fiktiven Gesamtleistung nach dem Zeitenverhältnis (Abs. 1 lit. c) ist in gleicher Weise in allen Abkommen Österreichs im Bereich der Sozialen Sicherheit vorgesehen.

Abs. 2 entspricht Art. 20 Abs. 3 des ö.-lux. Abk.

**Art. 13** enthält die für die österreichischen Träger für die Anwendung des Abkommens im Zusammenhalt mit einzelnen Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts erforderlichen unilateralen Anwendungsnormen; sie entsprechen mit wenigen Ausnahmen den Bestimmungen des Punkt IX des Schlußprotokolls zum ö.-lux. Abk. in der Fassung des Zusatzabkommens. So wird durch Z. 3 lit. a zur Wahrung der durch den möglichen Doppelerwerb von Versicherungszeiten erworbenen Rechte sichergestellt, daß derartige Zeiten bei der Ermittlung der fiktiven Vollpension und bei der Feststellung der Teilleistungen in allen Fällen mit ihrem vollen Ausmaß zu berücksichtigen sind.

Sind in einem bestimmten Zeitpunkt ohne Zusammenrechnung der Versicherungszeiten die Leistungsvoraussetzungen nur eines der Vertragsstaaten erfüllt, so ist nach **Art. 14** die ohne Anwendung des Abkommens errechnete Pension zu gewähren. Nach Abs. 2 ist eine Neufeststellung — und damit Proratisierung — dann durchzuführen, wenn die Leistungsvoraussetzungen auch im anderen Vertragsstaat erfüllt sind.

**Art. 15** enthält die übliche „Unterschiedsbetragsregelung“; sie entspricht der des Art. 21 des ö.-lux. Abk.

#### Zu den Art. 16 und 17:

Diese Artikel enthalten die Bestimmungen über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

**Art. 16**, der dem Art. 22 des ö.-lux. Abk. entspricht, sieht die aushilfsweise Gewährung von

Sachleistungen durch den Träger des Wohn- und Aufenthaltsortes gegen Kostenerstattung durch den zuständigen Träger vor.

**Art. 17**, der dem Art. 24 Abs. 1 des ö.-lux. Abk. entspricht, ordnet die Leistungspflicht für eine dem Grunde nach in beiden Vertragsstaaten zu entschädigende Berufskrankheit dem Vertragsstaat zu, in dem die betreffende Person zuletzt dem Risiko dieser Berufskrankheit ausgesetzt war.

#### Zu Art. 18:

Dieser Artikel bestimmt im Abs. 1, daß für den Erwerb des Anspruches auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit die in den beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten — soweit sie sich nicht überschneiden — unter der Voraussetzung (Abs. 2) zusammengerechnet werden, daß die betreffende Person in dem Vertragsstaat, in dem der Anspruch geltend gemacht wird, in den letzten zwölf Monaten vor Geltendmachung des Anspruches insgesamt 13 Wochen als Dienstnehmer beschäftigt war. Dieser Vorversicherungszeit bedarf es jedoch nicht, wenn der Dienstnehmer ohne sein Verschulden arbeitslos wurde.

Für den österreichischen Rechtsbereich kommt eine Zusammenrechnung nur für die Gewährung des Arbeitslosengeldes in Betracht, da nach Punkt VI des Schlußprotokolls das Karenzurlaubsgeld ausschließlich auf Grund österreichischer Versicherungszeiten gebührt und nach Punkt II Z. 4 des Schlußprotokolls israelische Staatsangehörige keinen Einspruch auf Notstandshilfe haben.

Im übrigen wird das Arbeitslosengeld nicht während des Aufenthaltes im Gebiet des Vertragsstaates gewährt (Art. 4).

#### Zu den Art. 19 bis 22:

Die Bestimmungen über die Familienbeihilfen sehen im wesentlichen vor:

- a) Gleichstellung der Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten (Art. 3);
- b) Berücksichtigung auch der Kinder, die im anderen Vertragsstaat wohnen (Art. 19);
- c) Leistung der Familienbeihilfe vom Beschäftigungsstaat, wenn der Arbeitnehmer im anderen Vertragsstaat seinen Wohnsitz hat (Art. 20 Abs. 1);
- d) Verhinderung eines Doppelbezuges (Art. 21);
- e) Leistung von Rechtshilfe bei der Hereinbringung zu unrecht bezogener Familienbeihilfen (Art. 28).

Eine Änderung des innerstaatlichen Rechts wird durch Art. 20 im Zusammenhang mit Punkt VII des Schlußprotokolls insoweit bewirkt, als für Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Israel, die

in Österreich beschäftigt sind, für den Anspruch auf Familienbeihilfe an die Stelle der im § 3 Abs. 1 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 vorgesehenen Mindestbeschäftigungszeit von drei Monaten, eine solche von einem Kalendermonat tritt.

Die Regelungen der Bestimmungen über die Familienbeihilfen entsprechen den in den bisher von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit festgelegten Grundsätzen.

#### **Zu den Art. 23 bis 31:**

Diese Artikel enthalten Regelungen betreffend die Durchführung einzelner Abkommensbestimmungen, wie sie — zum Teil jeweils geringfügig divergent, zum Teil wörtlich — in allen einschlägigen Abkommen Österreichs — so auch in den Art. 30 bis 38 des ö.-lux. Abk. — vorgesehen sind. So betrifft Art. 23 die Ermächtigung zum Abschluß einer das Abkommen im Detail regelnden Durchführungsvereinbarung und die gegenseitige Amtshilfe sowie die gerichtliche Rechtshilfe, Art. 24 die Errichtung von Verbindungsstellen, Art. 25 die Steuer- und Gebührenfreiheit oder -ermäßigung bzw. die Entbehrlichkeit von Urkundenbeglaubigungen und Art. 26 Bestimmungen über Ort, Zeit und Wirkung einzubringender bzw. eingebrachter Anträge, Erklärungen und Rechtsmittel. Art. 27 enthält Regelungen für den Transfer geschuldeter Leistungen bzw. für die Erstattung in Betreuungsfällen erbrachter Leistungen. Art. 28 sieht die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung von Bescheiden (Rückstandsausweisen) und gerichtlichen Entscheidungen vor und Art. 29 den Einbehalt von Nachzahlungen zugunsten bestimmter vorschußweise gewährter Versicherungsleistungen; ein Einbehalt zugunsten vorschußweise gewährter Fürsorgeleistungen konnte im Hinblick auf das Fehlen entsprechender israelischer Rechtsvorschriften nicht vorgesehen werden. Art. 30 regelt Rechtsansprüche für einen Schaden gegen einen Dritten und Art. 31 den Modus zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens.

#### **Zu den Art. 32 bis 34:**

Diese Artikel enthalten die üblichen materiellrechtlichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Art. 32 regelt insbesondere den Beginn der Leistungspflicht auf Grund des Abkommens (Abs. 1 in Zusammenhang mit Abs. 7), die Auswirkungen des Abkommens auf vor seinem Inkrafttreten zurückgelegte Versicherungszeiten (Abs. 2) bzw. eingetretenen Versicherungsfälle (Abs. 3) sowie die Feststellung bzw. Neufeststellung von Leistungen (Abs. 3 bis 6).

Nach Abs. 7 sind Pensionen aus den Pensionsversicherungen der beiden Vertragsstaaten bereits ab 1. Jänner 1973 nach den Bestimmungen des Abkommens festzustellen und zu gewähren. Diese rückwirkende Zahlungsaufnahme — im Hinblick auf Art. 33 und die diesem Personenkreis innerstaatlich eingeräumten Rechte von geringer Bedeutung — erfolgte auf israelischen Wunsch im Hinblick darauf, daß die 1958 begonnenen und aus den bereits erwähnten, auf österreichischer Seite gelegenen Gründen nicht fortgesetzten Verhandlungen erst 1973 wieder aufgenommen und abgeschlossen wurden.

Art. 33 enthält — analog den Bestimmungen des Art. 42 des österr.-britischen Abkommens über Soziale Sicherheit bzw. des Art. 39 a ö.-lux. Abk. in der Fassung des Zusatzabkommens — eine Begünstigungsregelung für Emigranten. Durch diese Bestimmung wird erreicht, daß die Bestimmungen des Abkommens nur dann und nur insoweit für die nach den §§ 500 ff. ASVG, § 62 Abs. 1 Z. 3 GSPVG, § 60 Abs. 1 Z. 3 LZVG bzw. § 56 Abs. 1 Z. 3 B-PVG begünstigten Personen Anwendung finden, als es für sie günstiger ist. Insbesondere wird diesen Personen im Falle der Erfüllung der durch die österreichischen innerstaatlichen Rechtsvorschriften normierten Anspruchsvoraussetzungen allein auf Grund österreichischer Versicherungszeiten Vollpensionen aus der österreichischen Pensionsversicherung zu gewähren sein.

Art. 34 enthält die üblichen Bestimmungen betreffend die Ratifizierung, das Inkrafttreten und die allfällige Kündigung des Abkommens.